Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Mittwoch, den 10. Mai 1922

5. Jahrg. Nummer 210

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um das russische Bärenfell

Die Genueser Geduldsmühle steht noch immer still. Die Bemühungen, sie wieder in Gang zu bringen, versprechen wenig Erfolg. Die russische Delegation bemüht sich angelegentlichst, die für Rußland unerläßliche Anleihe, und zwar von Staat zu Staat zugesichert zu bekommen. Lloyd George ist ebenso unausgesetzt bemüht, den russischen Vertretern die „Undurchführbarkeit" dieser Forderung begreiflich zu machen. Kein Parlament würde sie bewilligen. Das Abkommen von Genua solle Rußland den Anfang einer wirtschaftlichen und finanziellen Wiedereinsetzung gegenüber den Banken und Kaufleuten der Welt ermöglichen. Ein Scheitern würde Rußland erneut isolieren und jedes ernste finanzielle Unternehmen in weite Ferne rücken. Mehr als die Infunktionsetzung eines internationalen Konsortiums lasse sich gegenwärtig nicht erreichen. Verfüge es zunächst auch nur über etwa 200 Millionen Pfund Sterling, so könnten doch sehr umfangreiche Geschäftsverbindungen damit in Rußland angebahnt werden.

Der Korrespondent des „Daily Herald" in Genua erfährt, daß die russische Antwort aus drei Punkten bestehen wird:

1. Gewährung direkter Kredite an die Sowjetregierung. Rußland werde in diesem Falle auf seine Gegenforderungen verzichten.

2. Keine Intervention der Alliierten in den Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei.

3. Die Sowjet-Regierung sei bereit, langfristige Konzessionen zu gewähren. Sie lehne aber die Beibehaltung des Privatbesitzes sowohl für die Russen als für die Ausländer als unvereinbar mit dem kommunistischen Prinzip ab.

Die französische Delegation verlangt in der Antwort der Russen eine diskussionslose Annahme oder Ablehnung des Memorandums. Die Bemühungen der Engländer und Italiener gehen darauf hinaus, die Antwort der Russen zu mildern.

Die Meldung, von polnischer Seite sei eine Vertagung der Konferenz beantragt, wird dementiert. Es gebe nur unmittelbare Fortsetzung oder endgültigen Abbruch. Die Aussichten sind also heute nicht besser als gestern und vorgestern.

Auf der Suche nach einem Finanzkompromiß

(Sonderbericht des Intel.)

Genua, 9. Mai

Es steht nunmehr fest, daß das russische Memorandum, das morgen überreicht werden wird, neben der Ablehnung gewisser politischer Bedingungen der Alliierten, die die russische Delegation als mit der Souveränität Rußlands unvereinbar bezeichnet, vor allen Dingen eine Auseinandersetzung über die im Memorandum der Alliierten gemachten Kreditvorschläge enthalten wird. Bis zuletzt gehen die Bemühungen der Italiener und Engländer deshalb dahin, die Russen von der Unmöglichkeit der von ihnen geforderten Gewährung von Krediten von Regierung zu Regierung zu überzeugen, und die in ihrem Memorandum enthaltenen Vorschläge als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen erscheinen zu lassen. Wie wir bereits gemeldet haben, haben die englische und die italienische Delegation den Russen eine Art Nachtrag zum Memorandum der Alliierten überreicht, das den finanziellen Hilfsplan, der im Memorandum selbst nur angedeutet war, erläutern soll. Es soll hier für die Russen der Nachweis erbracht werden, daß man ihnen, wenn auch nicht durch Staatskredite, so doch durch Privatkredite in großem Umfange zu Hilfe kommen will. Ausführlich wird dargelegt, daß England nicht in der Lage sei, Kredite in der von Rußland gewünschten Form zu gewähren, da Staatskredite nur durch Steuern oder Anleihen aufgebracht werden könnten, die englischen Staatsbürger aber bereits die meistbesteuerten in Europa seien. Die Vorschläge in dem Memorandum der Alliierten seien außerordentlich nützlicher Art, und es käme vor allen Dingen nur darauf an, den Finanzleuten klar zu machen, daß sich in Rußland eine günstige Kapitalsanlage für sie biete. Die politischen Fragen spielten hierbei eine geringe Rolle. Es komme darauf an, daß der erste Schritt gemacht werde. Weiter wird ausgeführt, daß bei diesen Krediten auch die Gebräuche des Londoner Geldmarktes berücksichtigt werden müßten. An einzelnen Beispielen werden die Wirkungsmöglichkeiten der im Memorandum in Aussicht gestellten Hilfsaktionen dargelegt, wie des internationalen Konsortiums, der Trade Facilities Act und der Export Credit Act. Gegenwärtig verfüge das internationale Konsortium nur über ein Grundkapital von 20 Millionen Pfund Sterling, doch könne dieses Kapital mit der Zeit entsprechend vermehrt werden, zumal hinter diesem Konsortium die mächtigsten Finanz- und Industriekonzerne der einzelnen Länder stehen werden. Es wird ausdrücklich festgelegt, daß das Konsortium keine Monopolstellung einnehmen wird. Schließlich werden die Möglichkeiten erläutert, die durch die Trade Facilities Act und die Export Credit Act gegeben sind.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen vor ihrem Abschluß

(Sonderbericht des „Intel")

Genua, 9. Mai

Seit mehreren Tagen sind Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland, durch das Delegationsmitglied Schmidt, und Italien, vertreten durch das Delegationsmitglied Peretti, im Gange. Vorübergehend hatten sich im Laufe dieser Verhandlungen Schwierigkeiten bei der Erörterung der Frage der Naturalzahlungen ergeben. Diese Schwierigkeiten lagen darin, daß Italien, falls Deutschland solche Naturalzahlungen in ähnlicher Weise wie an Frankreich entrichtet würde, nicht zu den gleichen Gegenleistungen wie Frankreich fähig wäre. Doch sind diese Schwierigkeiten nunmehr behoben worden, so daß mit dem baldigen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zu rechnen ist.

Harding für Bankkredite an Deutschland

DA. Washington, 9. Mai

Im Weißen Haus wurde erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten werde keinerlei Einwendungen erheben gegen ein Darlehn amerikanischer Bankiers an deutsche Unternehmungen. Wie verlautet, ist diese Erklärung eine Folge des von Pierpont Morgan zum Ausdruck gebrachten Wunsches, für Deutschland eine Anleihe vorzubereiten unter der Voraussetzung, daß Deutschland die erforderlichen Garantien für ein Darlehn in beträchtlicher Höhe zu stellen vermöge. Morgan ist der Ueberzeugung, daß Deutschland solche Garantien zur Verfügung stellen kann.

Die deutschen Reparationsleistungen

London, den 8. Mai

Der Schatzsekretär teilte auf eine Anfrage mit, daß der auf Grund der deutschen Reparationsverpflichtungen bis zum 4. Mai eingegangene Betrag sich auf 4 350 000 Pfund Sterling belaufe.

Umbildung des englischen Kabinetts

DA. London, 9. Mai

Das Blatt „Sunday Illustrated" will aus guter Quelle erfahren haben, daß Lloyd George nach seiner Rückkehr aus Genua die Rücktrittsgesuche folgender Persönlichkeiten erhalten werde: des Außenministers Lord Curzon, des indischen Vizekönigs Lord Reading, des Lordkanzlers Birkenhead und des Innenministers Shortt. Das genannte Blatt bemerkt hierzu, Lloyd George werde große Mühe haben, dieser schwierigen Situation zu begegnen und nennt Lord Derby als den zukünftigen englischen Außenminister.

Zulassung der ausländischen Verteidiger zum Prozeß der Sozialrevolutionäre

(Sonderbericht des „Intel")

Wien, 9. Mai

Friedrich Adler, der Sekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, erhielt ein von Klara Zetkin unterzeichnetes, vom 8. Mai aus Berlin datiertes Schreiben folgenden Inhalts:

„Die von Ihnen in Ihrem Schreiben genannten sechs Rechtsanwälte sind als Verteidiger zum Prozeß der Sozialrevolutionäre in Moskau zugelassen, ebenso die drei von Ihnen genannten russischen Sozialrevolutionäre. Die Sowjetregierung wird alles tun, damit die Einreise ungehindert erfolgen kann. Um das Einreisevisum zu erhalten, müssen sich die Betreffenden an die russische Gesandtschaft wenden. Der Prozeß beginnt am 23. Mai."

Internationale Truppenmacht in China

(DA.) New York, 9. Mai

Aus Schanghai wird gedrahtet: Der amerikanische Admiral Strauß hat zum Schutze der Fremden das Oberkommando über alle ausländischen Truppeneinheiten in China übernommen. Die ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung stehende Truppenmacht setzt sich aus einem amerikanischen Regiment, einem englischen Regiment und einem Kontingent französischer und annamitischer Truppen zusammen. Diese kleine internationale Truppenmacht ist in der Nähe von Tientsin zusammengezogen worden, um die geschlagenen und zurückströmenden Mukden-Truppen Tschang Tso Lins, die bereits in völliger Verwilderung im Gebiet zwischen Lieja und Tientsin marodieren, am weiteren Plündern zu verhindern.

Der agrarische Landwucher

Ein neues Pachtschutzrecht.

Von Josef Ernst, M. d. R.

Genosse Ernst behandelt hier ein Thema, daß für den Großstädter besondere Bedeutung hat, da es ihm eine der Ursachen des schamlosen Lebensmittelwuchers der Großagrarier enthüllt. Die Redaktion der „Freiheit".

Endlich scheint das Reichsarbeitsministerium die Neuregelung des Pachtrechtes in Angriff nehmen zu wollen. Leider kommt auch hier die Reichsregierung viel zu spät, denn es sind auf Grund der bestehenden Pachtschutzordnung bereits Verhältnisse eingerissen, die durch die Neuordnung nicht mehr beseitigt werden können. Genau wie vor dem Kriege ist der landwirtschaftliche Klein- und Mittelpächter der Willkür des Großgrundbesitzers ausgeliefert, der die Notlage der landwirtschaftlichen Pächter in den meisten Fällen in der rücksichtslosesten Weise ausbeutet. Die bestehende Pachtschutzordnung, die Pächterschutz darstellen sollte, ist in der Praxis zu einer reinen Verpächterschutzordnung ausgewachsen, die in ganz einseitiger Weise auf die Interessen der Großgrundbesitzer eingestellt ist.

Es ist unverständlich, wenn im „Vorwärts" ein Herr Kortum aus Stralsund in klarer Weise für die Interessen der Grundbesitzer eintritt. Daß Stadtverwaltungen und Gemeinden Grundbesitz verpachtet haben, kann und darf die Arbeiterschaft nicht veranlassen, im Sinne der Großgrundbesitzer an die Neuregelung des Pachtrechtes heranzugehen. Die von Kortum geschilderten Verhältnisse sind, soweit sie zutreffen, Ausnahmen, teilweise werden aber von ihm die Tatsachen direkt auf den Kopf gestellt.

Wie liegen die Dinge wirklich in der Landwirtschaft? Stellen wir die Dinge einmal kurz fest. Genau wie in den Großstädten besteht auf dem Lande, neben der Landnot, eine große Wohnungsnot, die auch hier die Folge des Krieges ist. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung wanderte vor dem Kriege in die Städte, weil dort leichtere und lohnendere Arbeit winkte. Speziell die landwirtschaftlichen Pächter, nicht nur Kleinpächter waren proletarisiert, da die Höhe der Pachtschillinge, Gewinne, die zu relativem Wohlstand führten, ausgeschlossen waren. Die Großgrundbesitzer verstanden das Letzte aus ihren Pächtern zu holen und in vielen Fällen ging nach 12- und 15jähriger Pachtperiode der Pächter ärmer vom Hof als er kam. Es gehörte für den Pächter, auf Grund der damaligen Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte, schon sehr viel Glück dazu, um einen gewissen Wohlstand zu erringen. Hinzu kam, daß die Pachtverträge, die alle über einen Kam geschoren sind, in raffinierter Weise ganz einseitig die Interessen der Grundbesitzer wahrnahmen. Alle Rechte dem Besitzer, alle Lasten dem Pächter, war die Devise der Großagrarier.

Daß bei dieser Sachlage der Pächter-Nachwuchs den Städten zustrebte, ist selbstverständlich. Daß Staat und Kommune bei Landverpachtungen eine rühmliche Ausnahme machten, will nicht viel besagen und kann auch jetzt bei Beurteilung der Frage nicht maßgebend sein. In vielen Fällen sündigten diese genau umgekehrt. Bei den Verpachtungen der Domänen in Preußen herrschte stets eine tolle Interessenwirtschaft des konservativen Klüngels, betrugen doch hier die Pachten kaum ein Zehntel der Privatpachten. Natürlich mußte ein solcher Domänenpächter stramm konservativ sein, um an diesem, im großen organisierten Staatsbetrng teilnehmen zu können. Die deutschnationale Interessenwirtschaft kannte vor dem Kriege keine Grenzen.

Der Krieg brachte in den landwirtschaftlichen Pachtbetrieben eine gründliche Wandlung. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte stiegen, ohne daß die Pachten, die stets langfristig sind, höher geschraubt werden konnten. Die Pächter erzielten hohe Gewinne, die ihnen der Grundbesitzer nicht abnehmen konnte. Sofort setzten die Bemühungen der Großgrundbesitzer ein, die bestehenden Pachtverträge aufzuheben, und da das bestehende Recht hierzu keine Handhabe bot, verlangten sie das Eingreifen der Regierung. Auf Grund der unsinnigen Lebensmittelpolitik der Regierung wurde die Konjunktur in der Landwirtschaft immer besser und führte jetzt auch zu Riesengewinnen der gesamten Pächter. Auch die Kleinpächter verdienten bei diesem System groß. Es ist selbstverständlich, daß die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung nun nicht mehr daran denkt, abzuwandern, im Gegenteil, von den Städten kommt ganz

unerwünschter Zuzug. Die Nachfrage nach Pachtstellen aller Größen ist ungeheuer gewachsen und kann nicht befriedigt werden. Kein Pächter denkt aber heute daran, seine Pachtstelle aufzugeben. Die fabelhaften Gewinne locken, und zweitens zwingt die Wohnungsnot zum Festhalten der alten Pachtung. Hunderte von jungen Eheleuten sitzen heute auf dem Lande bei ihren Eltern und warten vergeblich auf die Gelegenheit, um einen Hof einzupachten. Wird nun ein Platz durch Tod oder Ablauf der Pacht frei, so kommt es zur öffentlichen Auslobung und hier werden Preise gesteigert, die eine Rentabilität der Pachtung nur ermöglichen, wenn der tollste Lebensmittelwuchen getrieben wird. Hier hat die bestehende Pachtschutzordnung eine Lücke gelassen, die bei der Neuregelung unbedingt ausgefüllt werden muß.

Bei Schaffung der bestehenden Pachtschutzordnung hatte man an wirklichen Pachtschutz gedacht; die Einflüsse unserer Geheimratswirtschaft, die ja mit dem Großagrariertum eng verfippt ist, hat den Plan geschickt durchkreuzt. Unter der Devise „Gleichberechtigung der Pächter und der Verpächter" gelang es, den ursprünglichen Plan der Regierung zu Fall zu bringen. Der Pächterschutz hört bei Pachtungen über zwei Hektar auf. Die bestehenden Pachteinigungsämter können wohl bestehende Pachtungen aufheben und dem Verpächter höhere Pacht zusprechen, können aber bei Ablauf der Pacht den Pächter nicht vor der Auswucherung durch den Großgrundbesitzer schützen. Wirkliche Gleichberechtigung sieht natürlich anders aus. Die Pachtungen in der Landwirtschaft beginnen meistens zum 1. Mai. Der jetzige Termin setzt hunderte von landwirtschaftlichen Pächtern mit Vieh und Ackergeräten auf die Straße, da das Reichsmietengesetz diesen Leuten keinen Schutz gewährt. Sie sind ja wunderbar durch die Pachtschutzordnung „geschützt".

Daß bei solchen Zuständen bei Neueinpachtungen ganz wahnsinnige Pachten herauskommen, wird jeder verstädlich finden. Die Pachten von diesen Pachtländereien stehen in keinem Verhältnis zum Ertrage. Wer dafür eitritt, daß die bestehenden Lebensmittelpreise abgebaut werden, kann mit diesen Pachtschutzmethoden nicht einverstanden sein. Das neue Pachtrecht kann und muß auf diesem Gebiete Wandel schaffen. Es wäre von seiten der Arbeiterklasse töricht, dafür einzutreten, daß die Pachtschillinge der Markentwertung angepaßt werden. Wenn Kortum im „Vorwärts" schreibt, das schaffe klare Einkommensverhältnisse und bringe also dem Staat in Form von hohen Einkommensteuern Gewinn, so danke ich für dies Linsengericht, das dem Großagrariertum ungeahnte Ausbeutungsmöglichkeiten schafft. Aus allen Teilen Deutschlands gehen Notschreie landwirtschaftlicher Pächter ein, die tatsächlich der Beachtung wert sind. Pächter, die zehn Generationen und länger auf ihrem Hof sitzen, werden von ihren Grundherrn vertrieben oder bei Ablauf der Pacht so hoch geschraubt, daß sie existenzunfähig sind.

In vielen Fällen gehen Großgrundbesitzer dazu über und verlängern nach Ablauf der Pachtung den Vertrag nur auf ein Jahr, um ja die Konjunktur ausnützen zu können. Dadurch wird die rationelle Bearbeitung des Bodens für den Pächter natürlich unmöglich. Große Werte gehen dadurch dem ganzen Volke verloren. Es ist höchste Zeit, das hier die Gesetzgebung eingreift und den Raubbau unmöglich macht. Die Vorschläge, die darauf hinauslaufen, die Pachtsätze durch Naturalleistungen entrichten zu lassen, sind unmöglich, da die Verschiedenartigkeit des Landes eine schematische Regelung nicht zuläßt. Auch schrecken hier die Beispiele. Ist doch bei Verpachtung einer Domäne bereits 5½ Zentner Roggen geboten und auch genommen worden. Auch in diesen Fällen ist die Rentabilität nur möglich, wenn die Preise der Lebensmittel weiter steigen, und das darf nicht Zweck der Pachtschutzordnung sein. Hinzu kommt, daß durch den Krieg die Bearbeitung und Düngung des Bodens schlechter wurde und den Ertrag einschränkte.

Alles dies zwingt dazu, ein Pachtrecht zu schaffen, das die Möglichkeit niedriger Pachten offen läßt, um für den Preisabbau der Lebensmittel Vorbedingungen zu schaffen. Daß Pächter mit niedrigen Pachten heute auch Wucherpreise nehmen, kann nicht zur Grundlage bei Beurteilung dieser Frage genommen werden. Jeder Pächter ist heute, als der sozial Schwächere gegenüber dem Großgrundbesitzer, durch das neue Pachtrecht zu schützen.

Die „milde" Schupo

Der provokatorische Bajonettangriff der Schupo vor dem Rathause auf friedliche Demonstranten ist auf Grund verlogener Polizeiberichte vom rechtssozialistischen Innenminister Severing als „mildes" Vorgehen in Schutz genommen worden. Was es mit dieser „Milde" auf sich hat, mag folgendes Beispiel illustrieren: Am Tage nach der Attacke meldete ein gutbürgerlicher Herr, der Direktor eines Unternehmens, der am Kurfürstendamm wohnhaft ist, dem Genossen Dittmann das folgende Ergebnis:

Eine in seinem Hause lebende Dame und deren Schwester mit ihrem Manne befanden sich als Passanten in einer der aus Rathaus grenzenden Straßen, als die Schupo mit gefälltem Bajonett vorging. Die beiden Frauen und der Mann flüchteten in einen Haßflur. Drei Schupobeamte mit vorgehaltenem Bajonett stürmten ihnen nach und verfolgten sie die Treppen hinauf 5 Stockwerke hoch bis auf den Boden des Hauses unter wüsten Schimpfworten. Auf dem Boden wurden sie mit dem Bajonett bedroht, so daß eine der Frauen sich auf die Knie warf und flehte, ihnen doch nichts zu tun, sie seien doch völlig unbeteiligte Passanten. Trotzdem wurden sie „Ihr verfluchte Bande" tituliert und entgingen nur mit knapper Not tätlichen Mißhandlungen."

Die Namen der betreffenden Personen stehen für eine eventuelle Feststellung zur Verfügung. Ob Herr Severing jetzt noch an das „milde" Vorgehen der Schupo glauben wird? Was hatten die Schupobeamten überhaupt im dem Hause zu tun? Und nun gar das Nachstürmen fünf Treppen hinauf bis auf den Boden! Das zeigt klar die Berserkerwut der Schupo, die auf Menschenjagd dressiert wird, um bei einem neuen Kapp-Putsch Herrn Severing und seinesgleichen zum Teufel jagen und erforderlichenfalls später auch gegen die Entente als militärische Truppe verwendet werden zu können.

Liebliche Zeitgenossen

In unserem Artikel „Eine neue Leistung der „Roten Fahne" ist erwähnt, auch Radek habe sich vielfach mit den Genossen Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld um die Abstrafung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bemüht. Diese Angabe war irrig. Bemüht haben sich darum mit den beiden genannten Genossen zusammen in erster Linie Leo Jogisches und nach dessen Ermordung Paul Levi, Wegmann und Rusch. Radek saß während der ganzen kritischen Zeit in Schutzhaft, protestierte gegen die Veröffentlichung seines Bildes in der „Illustrierten Zeitung", weil sie sein Leben gefährden könne und verließ sich im übrigen auf den Schutz einer Denkschrift über die Januarvorgänge, in der er darzulegen suchte, daß er an den damaligen Unruhen vollständig unschuldig war, und daß er sie mißbilligte, ebenso wie später die Märzunruhen des Jahres 1921. Ein weiterer Beitrag zur Beurteilung Karl Radeks!

In der „Roten Fahne" ist kürzlich behauptet worden, daß die Anwälte der sozialistischen Parteien nicht einmal dem schändlichen Prozeß gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Liebknechts als Zuschauer beigewohnt haben. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Genossen Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld seinerzeit das Recht in Anspruch nahmen, bei der Verhandlung gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Liebknechts aktiv mitzuwirken. Dieses Verlangen wurde von den damaligen Machthabern abgelehnt, unseren beiden Genossen aber anheimgestellt, an der Verhandlung als Zuschauer teilzunehmen. Beide haben dies damals mit Entrüstung und mit Zustimmung der damaligen Leitung der Kommunistischen Partei abgelehnt. Sie wollten verhüten, daß man sagen konnte: Zwei sozialistische Rechtsanwälte haben der Verhandlung beigewohnt, also ist zur Ermittelung der Mörder alles geschehen was möglich war. Jetzt mutet die „Rote Fahne" sozialistischen Anwälten zu, das zu tun, was unter dem Noskekurs die Machthaber forderten. Eine interessante Uebereinstimmung der „Roten Fahne" mit den reaktionären Gewalten des Noskekurses!

Oerter und Bendiner

Wie eine Seuche grassiert im rechtssozialistischen Lager die Sucht, mit kapitalistischen Parteien zu kompromisseln und sich mit ihnen zu koalieren. Der „Vorwärts" ist besonders stark von dieser politischen Perversität befallen. In einem Artikel „Neuwahlen in Braunschweig?" macht er eifrig Stimmung gegen einen Appell an die Wähler und für die „große Koalition" von der Sozialdemokratie bis zur Stinnes-Partei. Das geschieht unter einer Flut von Schmähungen gegen unsere Braunschweiger Parteigenossen, die Oerter wieder als Landtagskandidaten aufgestellt hätten, trotzdem die Bestechungsaffäre Oerter/Otto längst bekannt gewesen wäre. Wenn der blinde Parteihaß dem „Vorwärts" nicht jede Urteilsfähigkeit geraubt hätte, müßte er anerkennen, 1. daß die bürgerliche Hetze gegen Oerter schon eingesetzt hatte, ehe die Bestechungsaffäre bekannt wurde, um die sozialistische Braunschweiger Regierung zu stürzen, 2. daß nach Bekanntwerden der Affäre Oerter alles bestritt und für die Partei deshalb keine Handhabe gegen ihn gegeben war, da in Ermangelung von Zeugen Aussage gegen Aussage stand, und 3., daß die USP. sofort, als der Briefentwurf Oerters bekannt wurde, in dem er Prozente von einem Unternehmer wünschte, rücksichtslos gegen ihn vorging, und ihn aus der Partei ausschloß.

Keine Partei ist davor sicher, daß ihr Vertrauen mißbraucht wird. Das sollte doch auch der „Vorwärts" wissen, der erst dieser Tage mitteilte, daß der wegen Schieberei und Wucherei im Kriege zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Bendiner, der Vorsitzende der Pressekommission des „Vorwärts", nunmehr aus der rechtssozialistischen Partei ausgeschlossen worden ist. Wenn der „Vorwärts" der Bendiner-Affäre chronologisch nachgeht, so wird er feststellen müssen, daß seine Partei auch nicht von Bendiner die Niederlegung seines Landtagsmandats sofort verlangt und ihn bereits ausgeschlossen hat, als die Beschuldigungen gegen ihn erhoben wurden, sondern erst, als seine Vertrauensunwürdigkeit erwiesen war. Anders konnte auch die U. S. P. im Falle Oerter nicht handeln, und anders kann keine Partei handeln. Deshalb sollte der „Vorwärts" die Ausschlachtung der Oerter-Affäre der kapitalistischen Meute überlassen, die bei sozialistischen Ministern jeden Dreckspritzer an den Stiefeln sieht, für die dagegen bürgerliche Minister parfümierte Musterknaben sind, selbst wenn sie über und über mit der Jauche der Korruption begossen sind.

Genau wie Oerter hat auch Dr. Bendiner sich geweigert, sein Mandat niederzulegen. Der „Vorwärts" sollte daher auch Verständnis dafür aufbringen können, daß die Entfernung solcher Kleber aus dem Parlament ein Gebot politischer Reinlichkeit und eine Notwendigkeit zur Entgiftung der parlamentarischen Atmosphäre ist, wenn sie — wie Oerter in Braunschweig — das Zünglein an der Wage zwischen Sozialisten und Reaktionären bilden. Aber der ganze Artikel des „Vorwärts", der vom Geist des Braunschweiger Jasper-„Kasper" inspiriert ist, wird beherrscht von der Angst, bei den Neuwahlen könnte die sozialistische Mehrheit und damit die Ministerherrlichkeit verloren gehen. Merkwürdige Demokraten, die den Volkswillen nur respektieren wollen, wenn er ihnen nutzt. Das erinnert an die Monarchentreue der Junker: „Unser König absolut, wenn er — unsern Willen tut." Diese Rechtssozialisten wollen nicht regieren, um sozialistische Politik zu treiben, sie wollen nur von Sozialisten gewählt werden, um — regieren zu können. Das Wie ist ihnen dabei gleichgültig. Deshalb jetzt das Bemühen des „Vorwärts", seine Braunschweiger Parteigenossen in die Koalition mit der Stinnes-Partei hineinzutreiben, anstatt ihnen den Appell an die im Lande Braunschweig unzweifelhaft vorhandene sozialistische Mehrheit zu empfehlen und damit die sozialistische Mehrheit im Landtage wiederherzustellen, von der dann aufs Neue eine sozialistische Regierung gebildet werden muß. Vorläufig hoffen wir noch, daß die Braunschweiger Rechtssozialisten, die eine solche Koalitionspolitik schon einmal mit dem Rückgang ihrer Mandate von 17 auf 9 haben bezahlen müssen, sich besser als der „Vorwärts" dessen bewußt sind, daß sich das Proletariat seine Machtpositionen nicht erschachern, sondern nur erkämpfen kann.

Eine notwendige Feststellung

Genosse Felix Fechenbach schreibt uns:

Prof. Fr. W. Foerster nimmt in einem Artikel „Eisner und Versailles" in Nr. 19 der „Welt am Montag" vom 8. Mai Stellung zum Münchener Dokumentenprozeß. In diesem Artikel schreibt Prof. Foerster u. a.:

„Die Kläger im Fechenbach-Prozeß haben zum Schluß hervorgehoben, daß sie sich nicht mit Eisners Behauptung von der deutschen Alleinschuld identifizieren. Darin hatten sie unbedingt recht, denn der neudeutsche Militarismus hängt mit der Weltschuld des nationalistischen Egoismus aller neueren Völker untrennbar zusammen. Unbedingt falsch aber wahr ist, daß sie diese ihre Stellungnahme mit den Forschungen der Sachverständigen begründeten. Diese Forschungen haben nichts zutage gefördert, was die deutsche Politik wirklich entlasten könnte."

Prof. Foerster scheint einem bedauerlichen Irrtum oder der „objektiven" Berichterstattung gewisser Zeitungen zum Opfer gefallen zu sein. Sowohl mein Rechtsbeistand, wie ich selbst, haben im Prozeß wiederholt ausdrücklich erklärt, daß wir nicht die Auffassung von der deutschen Alleinschuld vertreten, daß wir aber ebenso entschieden die Lüge von der deutschen Unschuld bekämpfen. Ich selbst habe wiederholt und zuletzt noch einmal in meinem Schlußwort mit aller Deutlichkeit erklärt, daß diese meine Auffassung nicht das Ergebnis der Sachverständigengutachten sei, sondern daß ich diese Auffassung schon lange vor dem Prozeß vertrat.

Der Lebensmittelwucher

Preußen sieht mit verschränkten Armen zu.

Preußen hat immer noch einen Ernährungsminister. Was der eigentlich tut, weiß niemand. Da aber gestern im Hauptausschuß des Landtags der Etat des Staatsministeriums zur Beratung stand, und der Ernährungsminister diesem Ministerium unterstellt ist, wurde die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf die ungeheure Preissteigerung der letzten Wochen gelenkt und die Regierung gefragt, welche Schritte sie zur Bekämpfung des Wuchers und zur Sicherstellung der Ernährung zu tun gedenke.

Von bürgerlicher Seite wurde versucht, die Preissteigerung auf den katastrophalen Sturz der deutschen Mark zurückzuführen. Von unserer Fraktion wies Genosse Raboldt darauf hin, daß die Preissteigerung sich am stärksten bei den im Lande erzeugten Lebensmitteln bemerkbar mache. Das Fallen der Mark habe auf diese Produkte nur geringen Einfluß, zumal die hauptsächlich in Betracht kommenden Lebensmittel — Kartoffeln, Zucker, Fleisch — in einer Zeit erzeugt wurden, als der große Sturz der Mark noch nicht eingetreten war. An der gewaltigen Preissteigerung, die es den arbeitenden Klassen unmöglich mache, sich so zu ernähren, daß die Körperkraft erhalten bleibe, trage ausschließlich der schrankenlose Wucher der Agrarier und das Händlertum schuld. Die Regierung sehe diesem Treiben tatenlos zu. Berlin leide gegenwärtig an einem großen Zuckermangel. Vor den Lebensmittelgeschäften bildeten sich wieder Polonäsen wie in der Kriegszeit, es sei aber nur noch Zucker im Schleichhandel zum Preise von 15—20 Mark pro Pfund zu erhalten. Die Stadt Berlin habe bereits einen Hilferuf an die preußische Regierung geschickt mit dem Hinweis darauf, daß es nicht einmal mehr möglich sei, den erforderlichen Zucker für Kinder und Kranke zu erhalten. Der Zucker werde künstlich zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Das sei der Segen der freien Wirtschaft.

Um dem Wucher vorzubeugen und die Ernährung sicherzustellen, brachten unsere Genossen im Landtag folgenden Antrag ein:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung mit dem größten Nachdruck einzuwirken, daß

1. das Umlageverfahren für Brotgetreide auch für das neue Erntejahr beibehalten wird und daß die Umlage den Bedürfnissen der konsumierenden Bevölkerung entsprechend erhöht wird,
2. zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Volksschichten das Umlageverfahren auch auf die Zucker- und Kartoffelwirtschaft ausgedehnt wird.

Die Regierung antwortete auf diesen Vorstoß mit nichtssagenden Redensarten. Die bestehende Notlage wurde zwar anerkannt, aber nicht einmal der Wille bekundet, dem Wucher in irgend einer Form auf den Leib zu rücken. Der preußische Landwirtschaftsminister, der seit einigen Tagen auch mit dem Posten des Ernährungskommissars betraut ist, wagte es sogar, die Aufhebung des Umlageverfahrens für Brotgetreide im Prinzip zu vertreten. Das heißt also: Zu dem Fleisch-, Kartoffel- und Zuckerwucher soll nach der neuen Ernte noch der ungehemmte Brotwucher kommen. Die preußische Regierung weiß zwar, daß wir vor einer Ernährungskatastrophe stehen, sie sieht aber der Entwicklung mit verschränkten Armen zu. Im Notfall hat sie ja — die grüne Polizei, die allerdings nicht gegen die Wucherbanden, sondern gegen die hungernden Massen in Bereitschaft gehalten wird.

Natürlich freigesprochen!

Als vor einigen Monaten der Oberleutnant z. S. Boldt, der wegen Versenkens eines englischen Hospitalschiffes vom Reichsgericht zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, aus dem Gefängnis in Hamburg entwich, konnte, angesichts der Begleitumstände kein Zweifel bestehen, daß er nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Gefängnisses bei der Flucht unterstützt worden ist. In der Folge ward eine Untersuchung eingeleitet, die zu einem Verfahren gegen zwei Gefängniswachtmeister und einen Bureaugehilfen des Gefängnisses führte. Das war natürlich nur Sand in die Augen naiver Gemüter, denn die wirklichen Helfershelfer Boldts waren keineswegs Unterbeamte. Und jetzt hat die Komödie gegen die beiden Wachtmeister und den Bürogehilfen mit der Freisprechung der Beschuldigten geendet. Womit die deutsche Justiz ihrem Ruhmeskranz ein neues Blatt eingefügt hat.

Der britische Beechan-Trust hat das Recht erworben, in **Moskau Häusergruppen zu mieten und wiederherzustellen.**

Die stumme Ablehnung von Beamten

In unserem Beamtenkörper schwärt neben vielen andern Krebsübeln eines, das reif ist, sofort und durch eine Radikalkur beseitigt zu werden. Durch einen augenblicklich akuten Fall ist die breitere Oeffentlichkeit auf diesen Uebelstand, der gleich den geheimen Personalakten an die geheime Fahne exmatriziert, aufmerksam geworden. Es ist nötig, daß sich die Beamtenorganisationen und die beamtenfreundlichen politischen Parteien damit eingehend befassen.

In Berlin sind von den 18 gewählten Rektoren vor kurzem 12 durch das Provinzialschulkollegium abgelehnt worden. Das Bezirksamt Wedding, das davon betroffen worden ist, hat schriftlich um Angabe der Ablehnungsgründe gebeten. Es ist von der hohen Behörde keiner Antwort gewürdigt worden. Das ebenfalls betroffene Bezirksamt Kreuzberg hat sich mündlich beim Provinzialschulkollegium erkundigt und den Bescheid erhalten, daß die Angabe von Gründen bei Beamtenablehnungen untunlich und nicht üblich sei. Andrerseits ist den Bezirksämtern aufgetragen worden, binnen 3 Monaten neue Kandidaten vorzuschlagen, widrigenfalls das Provinzialschulkollegium den Bezirksämtern das Besetzungsrecht nehmen und die Stellen von sich aus besetzen werde.

Die Sachlage ist also: Das Provinzialschulkollegium, das doch aus gewiegten Fachleuten für Beamtenfragen besteht, hat für die Ablehnung der vorgeschlagenen Rektoren gerade 6 Monate zur Auffindung der nicht genehmen Beamteneigenschaften gebraucht und gibt die offenbar seltenen Gründe zur Ablehnung den Zeitgenossen nicht bekannt. Das arme Bezirksamt Kreuzberg, das doch sicher nicht über so routinierte Oberschulräte verfügt, soll passende Kandidaten binnen 3 Monaten, also in der halben Zeit, ausfindig machen bei Strafe der Entziehung des Besetzungsrechtes.

Abgesehen von den augenblicklichen Schmerzen des Bezirksamts Kreuzberg stellt dieser Fall eine Beamtenfrage allgemeinster Natur dar, der eine Lösung auf breiter Basis erfordert. Denn die stumme Ablehnung von Beamten kennzeichnet sich doch als eine autokratische Verwaltungsmaßnahme, die jede Spur von Demokratie vermißt. Innerhalb einer demokratischen Republik sollte eine derartig reaktionäre Gepflogenheit wirklich keinen Platz haben. Sie läßt sich noch nicht einmal durch die vielgerühmte patriarchalische Beamtenabhängigkeit des alten Regimes motivieren, denn ein Vater wird doch seinem ungeratenen Sohne die Gründe seines Unmutes über ihn nicht vorenthalten? Nein, diese Ungeheuerlichkeit der Verweigerung einer Angabe von Gründen kommt im Wesen den geheimen Eintragungen in die Personalnachweise gleich und verstößt gegen den Geist desjenigen Artikels der Reichsverfassung, der die Offenlegung der Personalnachweise den Beamten verfassungsmäßig garantieren will. Gegen dieses verfassungswidrige Betragen der Behörden müssen die Beamtenorganisationen in Wahrung ihrer Interessen Sturm laufen. Sie müssen sofort im Landtag diese Ungeheuerlichkeit nachdrücklich zur Sprache bringen. Es ist sicher, daß die drei sozialistischen Parteien, aber auch die Demokraten, für einen derartigen Antrag, der nur Ablehnung mit ausführlicher Begründung zuläßt, stimmen werden. Gelegenheit bietet die Beantwortung der von der USP.-Fraktion im Landtag eingebrachten Großen Anfrage betreffend die Ablehnung der 18 Berliner Rektoren. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Verfahren der „stummen Ablehnung" gegen das Volksschulunterhaltungsgesetz verstößt. Wenn auch das Gesetz die Bekanntgabe der Ablehnungsgründe an die Kommunen vorschreibt, so nur deshalb, weil es dies, wie alle Kommentare dieses Gesetzes es hervorheben, für eine Selbstverständlichkeit ansieht. (Vgl. Rohrschach.)

Uebrigens werden die Provinzialschulkollegien über das Gesetzwidrige ihres Verhaltens aufmerksam gemacht, wenn die von den Ablehnungen sozialistischer Rektoren betroffenen Bezirksämter (Wedding, Friedrichshain und Kreuzberg) gegen diese Urteile beim Minister Berufung einlegen werden. Hierbei kommt dann auch die Klage über die verlorene Sprache des PSK. mit vor.

Held Ludendorff

Unsere Nationalisten sind sich gleich. Der eine, Herr Helfferich, schreibt für eine südamerikanische Zeitung einen Artikel, in dem er die Verhältnisse in der Republik auf Kosten der wilhelminischen Zeit herunterreißt. Das Honorar für diesen Artikel ließ er sich in Dollar auf eine schweizerische Bank anweisen, wie ein holländisches Blatt mitteilt. Jetzt schreibt Ludendorff nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" für das Lord Northcliff gehörige illustrierte Wochenblatt „Sunday Pictorial". Wie Helfferich früher, so macht jetzt Ludendorff in dem Blatt Lord Northcliffes, eines berüchtigten englischen Jingoes und pathologischen Deutschenhassers, gegen gute Bezahlung in englischen Pfunden die Republik Deutschland herunter. Er, unter dessen Duldung die deutschen Kriegslieferanten das Reich um zahllose Milliarden betrogen, wagt es, Korruption und Bestechung als Folgerscheinung der Republik zu bezeichnen. — Sich mit einem Ludendorff über diese Dinge auseinanderzusetzen ist zwecklos, aber immerhin ist es für diesen nationalistischen Bannerträger bezeichnend, daß er sich mit Lord Northcliff, diesem Typ der unseren Nationalisten so sehr verhaßten „Erbfeinde", verbündet, um der Republik eins auszuwischen.

Eine ernste Abschüttelung

Das sächsische Wirtschaftsministerium gegen Schippel

Der Rechtssozialist Schippel dürfte unseren Lesern hinreichend bekannt sein: Er trat mit Kaliski und Lindemann dafür ein, daß der Achtstundentag um „höherer volkswirtschaftlicher Erfordernisse" willen nicht nur nicht schematisch durchgeführt werden, sondern daß wir den Achtstundentag auch durchbrechen sollen.

Schippel ist Direktor der Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Sachsen. In Nr. 9 in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlichte er unter dem Titel „Der Kampf um den Achtstundentag" jene berühmte „Studie", die wir gleich nach seinem Erscheinen einer Würdigung unterzogen. Da das Amt, dem Schippel vorsteht, leicht in den Verdacht kommen kann, daß die Privatmeinung Schippels identisch ist mit der Auffassung des Wirtschaftsministeriums, veröffentlichte es die von uns bereits mitgeteilte offizielle Erklärung in der „Sächsischen Staats-

„Ist auch der Artikel zunächst eine rein literarische Privatarbeit, so ist die darin vertretene Stellungnahme zum Achtstundentag und besonders die Begründung für Verlängerung der Arbeitszeit nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums nur noch schwerlich mit den Pflichten und Aufgaben zu vereinbaren, die von dem Leiter einer Landesstelle für Gemeinwirtschaft gefordert werden müssen."

Die „Textilarbeiter-Zeitung" Nr. 19 kommentiert diese Tatsache sehr deutlich, und unsere Leser werden es nun verstehen, warum die von uns gerügte letzte wichtige Tagung des Beirats vom Textilarbeiter-Verband im Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst so stiefmütterlich behandelt wurde. Die Textilarbeiter führen einen vorbildlichen und systematischen Kampf gegen alle arbeitsrechtlichen Verschlechterungen und faßten scharfe Entschlüsse, die sich gegen jenen Geist auch wenden, den Schippel vertritt, der nur vom Sächsischen Wirtschaftsministerium desavouiert wurde. Ob Schippel nun die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen wird?

Erklärung

Gegenüber unserer Erklärung vom 5. Mai 1922 behauptet der Anonymus der „Roten Fahne", die Nachricht, daß wir als Verteidiger der angeklagten Sozialistenrevolutionäre nach Moskau fahren wollten, sei dem Vertreter der Kommunistischen Exekutive — also Radek! — von Adler zugegangen. Das ist unzutreffend. Adler hat, wie wir inzwischen festgestellt haben, auf eine Anfrage Radeks, wer als Verteidiger in Aussicht genommen sei, lediglich das Telegramm der Sozialistenrevolutionäre Radek abschriftlich mitgeteilt, in welchem diese eine „vorläufige Liste der Verteidiger", unter denen auch wir genannt sind, übermitteln. Adler hat also mit keinem Worte geschrieben, daß wir es übernommen hätten, nach Moskau zu fahren. Aus der Fassung des Telegramms ging vielmehr nur hervor, daß die Sozialistenrevolutionäre auch uns als Verteidiger in Aussicht genommen hatten.

Völlig aus der Luft gegriffen ist die weitere Behauptung, wir hätten uns zur Verteidigung „gedrängt". Für diesen Vorwurf hat der Anonymus auch nicht den Schatten einer Unterlage; diese Behauptung ist von ihm — denn Radek hat ihm natürlich nur den Wortlaut des ihm zugegangenen Telegramms der Sozialistenrevolutionäre übermittelt, und Radek lügt doch nicht! — in verleumderischer Absicht frei erfunden, um uns genau so wie durch den Versuch einer Gleichstellung des Prozesses gegen die Sozialistenrevolutionäre und des Prozesses gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts persönlich zu diskreditieren.

Auf den sachlichen Kern der Sache, nämlich auf unsere Darlegung, daß unsere Stellungnahme sich stützt auf die von dem Vertreter der Dritten Internationale — wieder Radek! — auf der Berliner Konferenz abgegebene Zusicherung geht der anonyme „Artikelschreiber" in keiner Weise ein, er begnügt sich vielmehr in seinen weiteren Ausführungen damit, den Faden persönlicher Verdächtigungen weiterzuspinnen. Diesen Weg zu beschreiten, lehnen wir ab.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Einwendungen der „Roten Fahne" gegen unsere Beteiligung an der Verteidigung der Sozialistenrevolutionäre jeder Begründung entbehren. Falls wir die uns inzwischen angebotene Mitverteidigung annehmen, würden wir lediglich die Aufgabe haben, darauf hinzuwirken, daß die Frage der juristischen Schuld der Angeklagten objektiv geprüft wird. Eine solche Aufgabe zu übernehmen, haben wir nicht das geringste Bedenken.

Die „Rote Fahne" nennt uns ironisch „Rechtsanwälte der Gerechtigkeit". Diese Bezeichnung akzeptieren wir. „Rechtsanwälte der Gerechtigkeit" zu sein, war im Kampf gegen die Klassenjustiz stets unser Stolz. Das wissen unsere Klienten, von Radek angefangen bis zum jüngsten Redakteur der „Roten Fahne", sehr genau. Deshalb auch unsere jetzige Stellungnahme.

Was schließlich den uns gegebenen Rat anbetrifft, im stillen Kämmerlein über unser Tun nachzudenken, so steht es einem Manne schlecht an, solchen Rat zu geben, der selber im stillen Kämmerlein sitzt, aber auch offenbar dort keine Zeit findet, über sein Tun nachzudenken. Vermutlich fühlt er wie Goethes Reinicke Fuchs:

> Alles, was Reinicke tut und schreibt, es bleibt für immer wohlgetan und geschrieben; das mag sich jeglicher merken!

Berlin, den 8. Mai 1922.

Theodor Liebknecht. Kurt Rosenfeld.

Reichsrat und Beamtengehälter

Der Reichsrat erledigte am Dienstag in einer öffentlichen Sitzung den Ergänzungsetat mit der Neuordnung der Beamtenbesoldungen. Die Vorlage bestimmt zunächst rückwirkend, daß vom 1. bis 30. April d. J. der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten 60 Prozent zu dem Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, beträgt, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, im übrigen 30 Prozent und zu den Kinderzuschlägen gleichfalls 30 Prozent. Vom 1. Mai d. J. ab beträgt der Zuschlag zu dem Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 120 Prozent, im übrigen 65 Prozent. Die Dienstzulagen an Ministerialräte für Führung von Dirigentengeschäften und an Offiziere in gleicher Stellung beim Reichswehrministerium beträgt vom 1. Mai ab 16 500 Mark jährlich, wovon 6500 M. nicht pensionsfähig sind. Insgesamt wird der Etat mit 15 Milliarden mehr belastet, wovon 7,5 Milliarden auf das Reichsverkehrsministerium, 4,5 Milliarden auf das Reichspostministerium und 3 Milliarden auf die allgemeine Finanzverwaltung entfallen. Der zuletzt genannte Betrag soll, wie es in der Begründung heißt, durch höhere Steuererträgnisse gedeckt werden, während die Mehrausgaben der Betriebsverwaltungen von diesen selbst aufzubringen sind, d. h. durch neue Tariferhöhungen, die sich für den Bereich der Postverwaltung bereits in einer dem Reichsrat zugegangenen Vorlage enthalten sind. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Das Beamtenrätegesetz

Der 28. Ausschuß des Reichstages befaßte sich in den letzten Tagen bei der Beratung des Beamtenrätegesetzes sehr eingehend mit der Frage, ob den Beamten Beamtenversammlungen zugestanden werden sollen. Die bürgerlichen Parteien lehnten alle Anträge der USP. und SPD., die den Beamten das Recht der Beamtenversammlungen der einzelnen Dienststellen geben wollten, rundweg ab. In stundenlanger Debatte versuchten Zentrum und Demokraten den „Nachweis" zu erbringen, daß die Beamtenversammlungen überflüssig, ja sogar schädlich seien. Die Beamten haben nur das Recht, den Beamtenrat zu wählen, aber keine Möglichkeit, eventuell den Beamtenrat einer Dienststelle durch die Beamtenversammlung wegen Stellungnahmen, die von der Auffassung der Beamten selbst abweichen, zur Verantwortung zu ziehen. Auch die Regierung lehnte die Beamtenversammlungen als höchst überflüssige Zusammenkünfte der Beamten ab.

Die Parteiführer in der Reichskanzlei

Am Dienstag nachmittag waren die Führer der Reichstagsfraktionen in der Reichskanzlei zu einer Besprechung mit dem Vizekanzler Bauer und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes geladen. Bauer sprach über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und den Notenaustausch zwischen dieser und der deutschen Regierung. Der Finanzminister ergänzte die Darlegungen Bauers auf Befragen. Herr Hermes wird zu mündlichen Verhandlungen am Donnerstag nach Paris fahren.

Provokationen im Ruhrgebiet

Im Zentralrevier des Ruhrgebiets ist infolge rigoroser Provokationen ein Streik ausgebrochen, an dem bis jetzt allerdings „nur" 20 000 Bergarbeiter beteiligt sind, der aber, wie die Dinge liegen, leicht große Dimensionen annehmen kann. Schon seit langem wurden im Ruhrgebiet Klagen der Bergarbeiter laut, daß die Zechenleitungen alles daran setzen, die energischsten und umsichtigsten Betriebsratsmitglieder aufs Pflaster zu setzen. Die Forderungen auf gesetzlichen Schutz gegen Maßregelungen verhallten. Die „schwarzen Listen" sind wieder im Schwung und Gericht und Behörden stellen sich, genau wie in früheren Zeiten, bei allen Streitigkeiten zwischen Zechenkapital und Bergarbeitern auf Seiten der Grubenbarone.

Diese Zustände mußten die Bergarbeiter reizen, und als nun auf der Zeche Forstfeld im Bochumer Revier der Vorsitzende des Betriebsrats Eugen Haus entlassen wurde, weil er am Brett des Betriebes einen Anschlag mit der Aufforderung zur Beteiligung an der Maifeier angeheftet hatte, trat die Belegschaft der Zeche in den Streik, um die Wiedereinstellung des Entlassenen durchzusetzen.

Da die Zechenverwaltung diesem Verlangen nicht entsprach, traten die Belegschaften der benachbarten Zechen ebenfalls in den Ausstand. Es streiken gegenwärtig die Belegschaften von Prosper-Schürbank-Charlottenburg, Preußen I und II usw., insgesamt etwa 20 000 Mann. Die vier Bergarbeiterverbände haben sich mit dem Streik einverstanden erklärt. Heute (Mittwoch) sollen Einigungsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Zechenverbande geführt werden.

Für einen Freistaat Memelland

Memel, 9. Mai

Wie das „Dampfboot" meldet, hat die von der Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland unter den wahlberechtigten Einwohnern veranstaltete Unterschriftensammlung aller derer, die sich für den Freistaat Memelland erklärten, ergeben, daß sich von der rund 140 000 Köpfe zählenden Bevölkerung des Memellandes 54 429 für den Freistaat eingeschrieben haben; das ist fast die gesamte auf etwa 56 000 Köpfe zu veranschlagende stimmberechtigte Bevölkerung.

Aussperrung in den Skodawerken

(Intel.) Pilsen, 9. Mai

Nachdem in den Abteilungen der Skodawerke, in denen gestreikt worden war, die Arbeit bisher noch nicht wieder aufgenommen worden war, hat die Verwaltung durch Anschlag die Aussperrung der übrigen Arbeiter angekündigt. Durch diese Aussperrung werden 9000 Arbeiter betroffen. Der Riesenbetrieb der Skodawerke ist vollständig stillgelegt.

Bestialitäten der Horthybanden

DA. Wien, 9. Mai

Nach Meldung der Wiener „Arbeiterzeitung" wurden 39 erst jetzt aus japanischer Kriegsgefangenschaft heimkehrende deutsche Seelente auf der Durchreise in Budapest grundlos verhaftet und dort im Arrest beraubt und mißhandelt. Erst infolge der Intervention des deutschen Konsuls wurden sie enthaftet. Sie trafen inzwischen in Wien ein und berichteten hier über den Vorfall.

Unabhängigkeitserklärung der Kroaten

(EP.) Rom, 9. Mai

Wie der „Temps" auf Grund von Preßberichten erfahren haben will, haben die Kroaten ihre Unabhängigkeit verkündet und eine eigene Regierung unter Leitung des Bauernführers Radowitsch gebildet. Zum Vizepräsidenten sei ernannt worden Jankowitsch, zum Minister des Innern Podsiniwitsch, zum Kriegsminister Sztjedi. Alle Städte Kroatiens haben zur Feier der Unabhängigkeit geflaggt.

Ein Eisenbahnzug in einen Kanal gestürzt

(DA.) Rom, 9. Mai

In unmittelbarer Nähe Pisas hat sich ein sehr schwerer Eisenbahnunfall zugetragen. Ein Zug, der kurz vorher den Bahnhof von Pisa verlassen hatte, passierte gerade eine Eisenbahnbrücke, als diese unter dem Gewicht des Zuges zusammenbrach. Mit Ausnahme der Lokomotive und der zwei ersten Wagen stürzte der ganze Zug aus zehn Meter Höhe in einen Kanal. Die ersten Nachrichten über den Unglücksfall melden zahlreiche Tote und Verwundete.

Raubmord

Laut „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" wurde in der vergangenen Nacht in Kirchbach bei Oederan ein Raubmord verübt. Mehrere Räuber drangen in das Schlafzimmer des Pferdehändlers Israel ein und erschossen diesen, als er sich zur Wehr setzte. Auch seine Frau wurde durch Streifschüsse verletzt. Die Räuber nahmen einen Kasten mit, in dem sie Geld vermuteten. Das Geld befand sich jedoch an anderer Stelle. Bisher hat man noch keine Spur von den Tätern.

Der letzte Austauschtransport

(Intel.) Budapest, 9. Mai

Heute früh ist der letzte Zug mit Austauschgefangenen von hier nach Rußland abgegangen. Im Zuge befinden sich Paul Keri und drei russische Volkskommissare, darunter Josef Haubrik. Der Zug verließ Budapest um 2 Uhr nachts. Die Gefangenen waren mit Ketten an den Händen und aneinander gefesselt. Von den auf der Austauschliste verzeichneten politischen Gefangenen sind 239 ausgetauscht worden, 174 werden als verschwunden bezeichnet.

Eilen Sie – Noch ist es Zeit!

Trotzdem die Lederpreise und Löhne etc. wiederum in den letzten 14 Tagen ganz erheblich gestiegen sind, so daß nach den heutigen Herstellungskosten die Preise für Schuhwaren fast das Doppelte der von uns hier unten angeführten Preise betragen, bringen wir unserer werten Kundschaft doch noch eine Reihe fabelhaft billiger Angebote. Es handelt sich hier lediglich um Sachen, die noch zu alten Preisen eingekauft sind.

—— **Besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster!** ——

Moderne breite Form Mac-Kay, Chevrau imit. mit Derbyschnitt

198.-

Feinfeine Luxussachen,

braun und schwarz, Boxcalf und Chevreau sowie Lack mit und ohne moderne Stoffeinsätze, die neue spitze oder runde Form, in großer Auswahl **billig**, ca. 20 Sorten.

Herren-Stiefel

Kräftige Arbeitsstiefel mit Eisenbeschlag und Nägel . . .	198–
Kräftige Naturlederstiefel	298–
Orig.-Goodjear-Welt Echt Chevreau, sehr gutes Fabrikat	498–
Genarbt. Spaltleder sehr kräftig . . . . . . Gr. 36–39	169–
Echt Rindbox u. R.-Chevr. moderne, breite Form 43–46	358–
Fussballstiefel sehr gutes Fabrikat	298–
Braune Halbschuhe u. Stiefel ganz neue spitze oder runde Fassons.	

Kinder-Stiefel

Sehr kräftiger Rindleder-Stiefel naturgemäße, breite Fassons, sehr haltbar . . . 31–35 129.50, 27–30	98⁵⁰
Braune Kinderstiefel und Halbschuhe sehr billig	
Braun Spaltleder sehr kräftig, Absätze mit Eisenbeschlag 27–30	95–
Spangenschuhe schöne, breite Form, sehr modern . Gr. 31–35 99.50, 27–30	95–
Turnschuhe mit Chromspaltledersohlen . . 25–27	14⁵⁰
Damenstiefel Roß-Chevreau, m. Derby-Schnitt, sehr guter, haltbarer Stiefel . . .	198⁵⁰
Ganz besonders hoher Schaft, sehr schicke Sachen	298-, 398.-

Halbschuhe

Schwarze Spangenschuhe hoher, schicker Absatz . . . . . . (bessere Sorten 198.–, 289.–)	148–
Schnürschuhe mit und ohne Lackkappe, sehr fesche Fassons . . 298.–, 358.–,	238–
Braun Echt Chevreau ganz kurze, allerliebste Form . . .	398–
Braune Halbschuhe in echt Chevreau u. Kalbleder, die ganz neue, spitze Form, mit halbhohem oder hohem Absatz, mit oder ohne Vorderkappe.	

Feinfeine Modeschlager

In braun u. grau Wildleder sowie Lack- und Chevreauleder mit Lasche, Spange oder zum Schnüren mit Louis-XV.- oder halbhohem Absatz, modernste Formen in großer Auswahl billig, ca. 25 Sorten.

Wir sind gern bereit, Ihnen unsere Waren und unsere billigen Preise ohne Kaufzwang zu zeigen.

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Untergrundbahnhof Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Der Traum ein Leben**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Schuster Aiolos**

Staats-Theater Opernhaus 7½ Uhr: **Barbier v. Bagdad**
Schauspielhaus 7½ Uhr: **Othello**

Deutsches Theater 7½ Uhr. **Cyrano von Bergerac**

Kammerspiele 7½ Uhr **Einen Jux will er sich machen**

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Judith**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tgl. 8 U. „Gretchen" Glässner, Roberts

Berliner Theater 7.0 Uhr: **Madame Flr**

Wallner-Theater 7½ Uhr. **D. beiden Nachtigallen**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung
Trianon-Theater Moral v. Lu w. Thoma

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

7¼ **Casino-Theater** 7½ Der neue Schlager **Der Neffe aus Afrika.**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: **Brot und Arbeit**

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½, Sonntag n. 3 Uhr
Wunder-Affen u. Mexikaner Szeny
Die lustige Manegeschau **„Ueber'n großen Teich"**
Wild-West Luftsensat.

SCALA
Tägl. 8 Uhr
Internat. Varieté

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger!
Neues Programm!
u. a.: Liederspiel „Fantasie im Ratsweinkeller". Ferner der lust. Einakter: „Der Schipper" Eine komische Erinnerungsangelegenheit von Max Horst.
Sie lachen Tränen!

METROPOL VARIETÉ
Behrenstraße 54
8 Uhr
Neues Varieté-Programm

Trauringe
Dukat.-Gold, 900 gest. von 200.– M. an.
333–585 gest. in großer Auswahl.
Namen u. Etuis umsonst. Ringe gleich mitzunehmen.
Trauringfabrik G. Alb. Thal,
C 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt).
Zur Beachtung! Wir sind das einzige Spezialgeschäft Deutschlands, welches mit direktem Verkauf an Private nur Trauringe führt. Garantieschein für Goldgehalt!

Ueberal in **Zigarrengeschäften** erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak.** nur mit Zettleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861)

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle: Neukölln, Münchener Straße 53
Ferien-Fahrten 1922
20.–27. Mai: Odenwald und Neckartal
30. Juli–6. Aug.: Fichtelgebirge
8.–19. Aug.: Schwarzwald u. Bodensee
Weitere Reisen in Vorbereitung
Nur schriftliche Auskunft erteilt die Geschäftsstelle. — Rückporto ist beizufügen.
„Der Reisegenosse" ist erschien. Einzeln 3.– M. Mitgl. kostfr. Monatsbeitr. 5.–, Einschr. 10.– M.

Trünouga
Konfitüren
nur an Grossisten!
Eckardt & Neuschaefer.
Fabrik und Kontor: Berlin O 27, Krautstr. 4 5 Tel. Alex 5277

Mandolinen, Guitarren, Lauten, Teilzahlung. Schmidt, Bln. Petersburger Str. 23, I.

Die schönsten Märchenbücher finden Sie in der Buchhandlung „Freiheit", Breitestr. 8–9.

Unserm Genossen Aug. Kumbier nebst Frau zur Silberhochzeit herzl. Glückwünsche Bezirk 491, 493

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 6½ Uhr:

Vertrauensmännerkonferenz
des 16. Bezirks
im Lokal von Naß, Marsiliusstraße 12.

Freitag, den 12. Mai, nachm. 5 Uhr:

Voll-Versammlung
der Knopfindustrie in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16-17.

Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute treffen sich heute, Mittwoch, den 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Klassenzimmer, Weinmeisterstr. 16-17.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Dreher
Heinrich Bergmann
Lübbener Str. 6
am 7. d. M.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. 5. 1922, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emaus-Kirchhofes in Britz, Hermannstr. statt.

Der Helfer
Ferdinand May
Neukölln, Herfurthstr. 39
am 7. d. M.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 12. Mai 1922, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstr. aus statt.

Der Schlosser
Friedrich Rogalla
Rostocker Str. 4?
am 7. d. M.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. Mai 1922, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Das Leben des Menschen

Eine volkstümliche Anatomie, Biologie, Physiologie und Entwicklungsgeschichte des Menschen

von **Dr. Fritz Kahn**

in vier Bänden mit vielen hundert einzigartigen Abbildungen.

Der erste Band dieses Werkes erscheint zunächst in Lieferungen zum Preis von je M 12.50

Aus dem Inhalt:

Zellenstaat Zelle, Keimzellen, Keimesgeschichte, Physik und Chemie des Lebens
Herz und Adern Knochengerüst, Muskulatur, Bindegewebe, Fett
Ernährung Stoffwechsel, Verdauung, Atmungsorgane, Nieren, Blut, Blutdrüsen
Nerven- System, Geist und Körper, Rückenmark, Sinnesorgane, Haut, Haare, Nägel
Fortpflanzung und Zeugung.

Das Werk des Gesamtwissens vom Menschen von der Wiege bis zum Grabe.

Ausführliche Prospekte kostenfrei!

Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Ich bestelle bei der
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2
Breite Straße 8-9

——Kahn, Leben des Menschen Band 1, Lieferung 1 uff. jeweils nach Erscheinen zum Preis von je M 12.50

——Kahn, Leben des Menschen Band 1 nach Fertigstellung geb. etwa M 200.–

——Ausführl. Prospekte kostenfrei!

Betrag anbei — ist nachzunehmen.

Genaue Adresse: ....

Werkzeugmacher und Mechaniker
mit guter Praxis werden verlangt. Angebote nur schriftlich an
Hans Bergmann,
Apparatebau, Charlottenburg, Jägerstr. 3.

Geschlechtskranke!
Spez.-Arzt Dr. Dammanns Heilanstalten.
Sprechstund. täglich 9–12, 2–7, Sonntags 10–12. Telefon No. end 101 u. Lützow 153
Potsdamer Straße 123 b

Metzner
Kinderwagen - Welthaus
Metall-Bettstellen, Kinder- und Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen.
Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Grösste Auswahl Berlins
Andreasstr. 23 Andreasplatz
Brunnenstr. 95. Badstr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstrasse 153
Spandau, Charlottenstr. 24

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silberbruch, Quecksilber, Stanniolpapier. Zinn, Ölhülltrumpfaschje kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Am 11. Mai erschein:

Sozialistische Schul- und Erziehungs-Fragen

Von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein
Zweite veränderte und erweiterte Auflage
Preis 30.– Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Spezialarzt Dr. Jaffé für Haut-, Harn-, Geschlechts-Frauenleiden; Syphilis Kuren, Blutuntersuch. in der Heil-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser** Münzstr. 9, nahe Alex.-Platz, 9–1, 4–8 Sig. 10–12. Dam. sep.

Reines Gesicht Warzen mit Haaren, Leberflecke u. Mäler beseitigt unter voller Garantie auch **Tätowierungen** jeder Art, auch die ti. farg. stochenen, selbst in d. Schleimhäut. enliegenden werden unt. voll unfehlb. Garantie entfernt. Kein Versand od. Verkauf v. Schmiermitteln. Tgl. 10–6, Sng. 10–12 (Mittw. geschlossen). **Cubler,** Praktisch seit 1 Berlin, Schlesischestraße 1, nahe Schlesischer Bahnhof

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Haut- und Geschlechts-, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen. Aelteste Heil-Anstalt „Löser". **Dir.: Löser senior** 9–1, 4–8 Sonnt. 9– Rosenthaler Str. 69-70 a. Platz. Damenzimmer separat.

Zeißfeldstecher 6- und 8fach, kauft ständig M. Stedelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289)

Metall Oscar Oven Brüderstr. Weg 36 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Spez.-Behandlung für **Ischias** i. Hüft. Geli. u. Bein. Dahlem, Sälle in 18 Tag. heilt, w. gl rüh. unaut. geheilt. befleh. u. Referenzen, Invalidenstr. 103, von 9–3. **Jacoby**

„M.U.Z."-Fahrradbau
F. Makowski & Zerbst
Berlin N 58, Danziger Str. 13 A Telef.: Humboldt 1454

Erstklassige Fahrräder

sowie Fahrrad-Rahmen eig. Fabrikation
Lieferung auch an Private zu billigsten Preisen
Reparaturen jeder Art werden fachmännisch u. prompt ausgeführt
Großes Lager in sämtl. Fahrrad-Artikeln
Speziell: Fahrradbereifungen

Die politische Bedeutung der Elternbeiratswahlen

Im bürgerlichen Lager sucht man den Eindruck zu erwecken, als ob die Elternbeiratswahlen, wie alles, was mit der Schule zusammenhängt, nichts mit der Politik zu tun habe. Es gibt gewiß auch eine große Anzahl von Lehrern, die selbst unpolitisch sind, die die Schule rein vom Standpunkt ihrer schulischen Pflichten aus ansehen, und die daher den politischen Ansturm, besonders von links, als Ruhestörung des geordneten Schulbetriebes ehrlich empfinden. Die Erziehung zur Vaterlandsliebe, d. h. die Erweckung monarchistischer Gefühle in Geschichte und Deutsch, in Gesang und im sonstigen Unterricht gehört zum selbstverständlichen Bestande ihres eigenen Beamtengefühls und ihrer erzieherischen Tätigkeit. Die Scheidung in Volks-, Mittel- und höhere Schulen — obwohl doch eine Wirkung der wirtschaftlichen Klassengliederung — erscheint ihnen als Natur- und gottgewollte Ordnung. Doch das ist nur die Seelenverfassung des politisch Naiven.

Ganz anders steht es mit den politischen Reaktionären, die sich ebenfalls mit dem Schlagworte der politisch-freien Schule die konservative Schule im Interesse ihrer, der wirtschaftlich herrschenden Klasse erhalten möchten. Sie, die politisch Geschulten, sie, die Aktiven in dem Kampfe um die Macht, wissen ganz gut, daß der Kampf um die Schule ein politischer Machtkampf ist. Die Schule ist eine öffentliche Einrichtung; ihre Art, ihre Lehrstoffe und Lehrmethoden, die Wahl der Lehrer und ihre Beaufsichtigung, die Lern- und Lehrmittel nach Inhalt und Umfang werden von Staat und Gemeinden bestimmt. Unterhaltungsträger sind Staat und Gemeinden, und beide sind politische Körperschaften schlechthin, in denen die politischen Parteien als Ausdruck der Klassenmachtverhältnisse den erbittersten Kampf gegeneinander ausfechten. Auch die geringste Frage, etwa die Lernmittelbelieferung der Kinder der Minderbemittelten, ist eine hochpolitische Frage. Sobald sie vernünftig angefaßt werden soll, verlangt sie eine Zentralisierung unter Ausschaltung des Zwischenhandels, wird sie eine kleine Mittelstandsfrage. Die Bewilligung von Freistellen für Minderbemittelte in den höheren Schulen wird sofort zu einer politischen Frage. Das Bürgertum, dem die Erhaltung der bevorrechteten Stände politischer Programmpunkt ist, und das den Zugang von Arbeiterkindern zu den höheren Schulen als den Aufstieg weniger aus dem Proletariat in den Mittel- oder Oberstand betrachtet, wird diese Bewilligung von besonderer Begabung und besonderer Würdigkeit abhängig machen. Die proletarischen oder sozialistischen Parteien, die grundsätzlich die Standesunterschiede überwinden wollen, werden die Kinder der Begüterten und die Kinder des Proletariats mit gleichem Maße messen. Sie werden gleiche Bedingungen für eine Weiterbildung stellen und von den Proletarierkindern, die Freistellen haben sollen, nicht die Erfüllung von Sonderbedingungen (außerordentliche Begabung oder eine Würdigkeit) verlangen. Man kann unendlich viele Einzelheiten dafür anführen, daß der Kampf um die Schule ein politischer Kampf ist und für das Proletariat ein wesentliches Stück des Klassenkampfes.

Ganz etwas anderes ist es mit dem Leben der Kinder in der Schule. Kinder sind keine Klassenkämpfer, sondern heranwachsende Menschen. Unsere Kinder sollen in der Schule offene Augen, hellhörige Ohren, geschickte Hände, klaren Verstand, ein warmes Gemüt und einen tatwilligen und starken Willen bekommen. So ausgerüstet, werden sie — wenn sie herangewachsen sind — schon die ehernen Ketten der Wirtschaftslage ihrer Klasse fühlen und den Weg erkennen, der sie in die Reihen ihrer Klassenbrüder als Mitkämpfer führt und die Sehnsucht und den Willen in sich stark erleben, die aus dem Chaos unserer Zeit in die planvolle Ordnung des Sozialismus münden. Da Sozialismus keine einfältige Schwärmerei, sondern geschichtliche Notwendigkeit ist, da das Proletariat nicht nur Not leidet, sondern eine geschichtliche Aufgabe hat, die über die Not des einzelnen hinausragt, brauchen wir nicht ängstlich zu sein, daß aus den zu Vollmenschen heranwachsenden Kindern auch vollwertige Klassenkämpfer werden. Darum lehnen wir Politik in der Schule ab, um desto energischer unsere Politik um die Schule zu verteidigen.

Wenn jetzt die Elternbeiräte, die uns nahe stehen, sich zu den vereinigten sozialistischen Elternbeiräten zusammengefunden haben und mit sozialistischem Klassenbewußtsein auch den Kampf um die Schule führen wollen, so folgen sie damit nur einer klaren Erkenntnis der politischen Lage der Schule. Die unpolitisch-christlichen Elternbeiräte wollen mit diesem Namen, wie das ja bei den bürgerlichen Parteien so häufig gemacht wird — man denke nur an die Umtaufung sämtlicher reaktionärer Parteien nach der Revolution in Volksparteien —, nur Bauernfang treiben. Leider ist es ihnen auch häufig genug beim Proletariat, das schulpolitisch noch zu sehr indifferent und unaufgeklärt ist, gelungen. Man frage nur einmal bei den christlich-unpolitischen Elternbeiräten, wer ihre Führer sind und wer ihre kostspieligen und umfassenden Propagandamittel bezahlt!

Sehr deutlich trat dieser politische Charakter der Christlich-Unpolischen, die besser Politisch-Unchristliche hießen, bei dem Neuköllner-Schulstreik hervor. Man brach wegen einer belanglosen Frage — wegen des Umtausches von zwei Schulgebäuden, einem Vorgang, der in größeren Städten mit Schulraummangel sehr häufig ist —, einen frivolen Schulstreik vom Zaune. Und als man dann vor der Oeffentlichkeit seine Forderungen vertreten mußte und der beschämende Vorgang doch zu mager erschien, da fand man neue Gründe: Zwei Gemeindeschulen waren in den Streik getreten — man höre und staune! —, weil der Staat den Abbau eines humanistischen Gymnasiums wegen mangelnden Besuches beschlossen hatte, weil für zwei Mittelschulen, die in einem Gemeindeschulgebäude liegen, nicht ein zweiter Physiksaal eingerichtet wurde. — Das sind zweifelsohne Forderungen, die das proletarische Interesse der Gemeindeschulkinder gewiß absolut nicht berühren, aber stark das reaktionäre Bewußtsein „höherer Kreise“ und die Eitelkeit eingebildeter Mittelständler in Aufregung brachte. Man forderte ferner die Entfernung eines Kindergartens und Kinderhortes aus einer Schule, obwohl doch gerade diese Einrichtungen dringendes Bedürfnis für das Proletariat sind. Aber Kindergarten und Kinderhort waren von einer sozialistischen Kommune eingerichtet worden, und die politische Abhängigkeit dieser Christlich-Unpolitischen verlangt daher schärfste Abwehr. — Dieses eine Beispiel wird jedem denkenden Proletarier zeigen müssen, daß diese Christlich-Unpolitischen seine Klassenfeinde sind, und daß er in die Reihen der sozialistischen Elternbeiräte gehört.

Vom sozialistischen Standpunkte aus würden wir den Eltern lieber innere Erziehungsaufgaben zuweisen; sie haben ihre eigentliche geschichtliche Bedeutung darin, daß sie — nachdem Familie und Haus infolge der kapitalistischen Wirtschaftsunordnung keine Erziehungsgemeinschaften mehr sind — nunmehr dahin wirken müssen, daß aus der Lernanstalt der Schule eine Erziehungs- (Lebens- und Arbeits-) gemeinschaft werde. Doch diese Aufgaben sind ihnen leider durch die ministeriellen Bestimmungen fast verbaut. Die Allgemeinheit und Verschwommenheit ihrer Zuständigkeit, der Mangel jeglichen eigentlichen Rechtes, die politische Bedeutung, die die Reichsverfassung den Erziehungsberechtigten gegeben hat, zwingen die Elternbeiräte, als politische Körperschaft aufzutreten.

Unsere Eltern aber werden wissen müssen, daß sie nicht Familien- und Elternpolitik, sondern Klassenpolitik, proletarische Politik zu treiben haben werden. Die Elternbeiräte werden ein politisches Bollwerk sein können, wenn unverantwortliche Sparsamkeit die Schulreinigung zum Schaden der Gesundheit der proletarischen Kinder unerträglich verringern will. Unsere Elternbeiräte werden nicht nur Anregungen geben und Forderungen stellen können, sondern sie werden auch bei dem Ausbau der handwerklichen Betätigung zu gesellschaftlich notwendiger Arbeit in den Schulen stark mitwirken können. Unsere Elternbeiräte werden schaffende Glieder der Schulgemeinschaft sein können und müssen, die Lern- und Lehrmittel in Schülerwerkstätten nach Möglichkeit selbst herstellen. Unsere Elternbeiräte werden wichtige Helfer im Ausbau des Gartenarbeitsschulbetriebes sein können, und sie werden durch Anteilnahme am Unterricht und am Leben der Schule ein wesentliches Stück der Schulöffentlichkeit zu bilden haben.

Unendlich viel kann und muß schon in der kapitalistischen Ordnung für die künftige sozialistische Ordnung vorbereitet werden. Die Macht des Proletariats ist groß, wenn es aufwacht zum Klassenbewußtsein, wenn es einig ist und in wohldisziplinierter, fester Organisation seine Aufgaben entschlossen zu erfüllen sucht. Drum fort mit der Gleichgültigkeit! — Ueberall im Reiche rüstet sich die Kulturreaktion. Die Elternbeiratswahlen sind der Auftakt zum Kultur-Machtwillen des Proletariats. **Drum, proletarische Eltern, tut am 28 Mai eure Pflicht und verhelft dem roten Banner der vereinigten sozialistischen und kommunistischen Elternbeiräte zum Siege!**

Schulreaktion im Rathaus

Bereits bei der letzten Etatsberatung im Juni 1921 setzte die USP.; da die volle Schulgeldfreiheit für alle Schulen nicht zu erreichen war, wenigstens durch, daß die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen von einer gleichzeitigen Staffelung desselben nach dem Gesamteinkommen der Eltern und der Anzahl der Kinder abhängig gemacht wurde. Der Kämmerer sagte im Namen des Magistrats seine Bereitwilligkeit zu dieser Staffelung zu. Die Erhöhung des Schulgeldes kam prompt vom 1. Juli 1921 ab, aber die Staffelung ließ auf sich warten, und in manchen Bezirken wurde sogar das Schulgeld unter Pfändungsandrohung oder Drohung der Entlassung der Kinder eingetrieben. Neukölln versuchte wenigstens, die bisherige Schulgeldbefreiung so zu vereinfachen, daß die unwürdige Bettelei um Freistellen beseitigt würde. Schon vor längerer Zeit bemühte sich unsere Fraktion, durch einen Antrag die versprochene Vorlage des Magistrats zu erzwingen. Mitte Januar kam endlich die Vorlage des Magistrats, die dann im April durch eine weitere ergänzt wurde, in der der Magistrat empfahl, für das Jahr 1921 von der Staffelung Abstand zu nehmen, weil die Geldentwertung eine neue Staffelung erwünscht erscheinen lasse und das Finanzamt mit der Steuereinschätzung für das Jahr 1920 noch nicht fertig wäre. Der erste Grund ist direkt unsinnig. Die Staffelung sollte den Minderbemittelten eine Erleichterung bringen. Weil wegen der Geldentwertung diese Erleichterung noch nicht ausreicht, will man von dieser ganz Abstand nehmen. Das steht auf derselben geistigen Höhe, wie das Verhalten eines Menschen, der seinem Nebenmenschen jede Hilfe versagt, weil er ihn nicht völlig glücklich machen kann. Der zweite Grund ist bürokratisch und unwürdig. Man kann durchaus die Eltern durch einen Revers verpflichten, ihr Gesamteinkommen anzugeben und diese Reverse dann später mit den Ergebnissen des Finanzamtes vergleichen. Die Eltern, die falsche Angaben gemacht haben, würden dann leicht regreßpflichtig gemacht werden können.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co., Berlin

(67. Fortsetzung.)

Die Hände auf dem Rücken stand Jakow vor ihm und und sprach ihm Trost zu:

„Nimm's nicht zu schwer, Kaufmann, kein Mensch weiß, wo's ihm bestimmt ist zu sterben. Der eine ißt Pilze — schwapp, ist er weg. Tausende essen Pilze, und sie bekommen ihnen, und der eine ißt sich den Tod daran. Und was sind schließlich Pilze?“

Breit und ruhig wie ein Mühlstein stand er vor dem Kaufmann und überschüttete ihn mit seinen Worten wie mit einem Kleieregen. Der Kaufmann weinte erst still für sich und wischte sich mit den breiten Händen die Tränen aus dem Barte, dann aber, als er auf die Worte des Heizers hinhorchte, schrie er zornig auf: „Fort, du Satan! Was ziehst du mir die Seele aus dem Leibe? Führt ihn weg, ihr Rechtgläubigen, sonst geschieht ein Unglück!“

Jakow ging ruhig beiseite und sagte nur: „Sonderbares Volk! Man will sein Gutes, und er wird grob!“

Zuweilen erschien mir der Heizer ein wenig einfältig, doch dachte ich bei mir, daß er sich vielleicht absichtlich dumm stelle. Gar zu gern hätte ich von ihm Genaueres über seine Wanderfahrten vernommen, doch wollte mir das nicht recht gelingen. Fing ich davon an, so warf er den Kopf in den Nacken, öffnete die dunklen Bärenaugen ein klein wenig, fuhr sich mit der Hand über das bemooste Gesicht und begann dann langsam, als ob er sich besänne:

„Menschen... ja, Menschen wimmeln dir überall rum, mein Lieber, wie die Ameisen! Da gibt's welche, dort gibt's welche — ein wahres Getümmel, sag' ich dir! Bauern vor allem, die sind am zahlreichsten — ganz besät ist die Erde mit Bauern, wie mit Blättern im Herbst, sag' ich dir. Da sind Bulgaren... ich hab' sie gesehen, und auch Griechen, Serben, Rumänen und allerhand Zigeuner — eine Unmenge, alle möglichen Sorten! Wie sie sonst sind? Ja, wie sollen sie sein? In den Städten sind's Stadtleute, auf dem Lande Landleute, ganz wie bei uns. Sehr viel Aehnlichkeit. Manche sprechen sogar so wie wir, nur schlechter, in der Art wie Tataren oder Mordwinen. Die Griechen verstehen unsere Sprache nicht, die plappern, wie's ihnen auf die Zunge kommt; sollen wohl Worte sein, aber was sie meinen, was sie sagen wollen, kann man nicht verstehen. Durch Fingerzeichen verständigt man sich mit ihnen. Mein alter Hausierer, der tat wohl so, als ob er auch die Griechen verstände, schwatzte irgendwas: ‚Kawamawa, balimera...‘ War ein Schlaufuchs, der Alte, hat sie ganz gehörig balbiert... Wie sie aussahen, fragst du? Bist ein komischer Junge — wie sollen sie ausgesehen haben? Schwarz natürlich, und auch die Rumänen sind ganz schwarz, gehören zu demselben Glauben. Und die Griechen — die sind so in der Art wie die Türken...“

Ich hatte den Eindruck, daß er nicht alles sagen wollte, was er wußte, daß es auch irgend etwas gab, wovon er nicht sprechen wollte. Athen, die Hauptstadt von Griechenland, kannte ich nach den Bildern in den Journalen als eine sehr alte und sehr schöne Stadt, doch Jakow schüttelte zweifelnd den Kopf und leugnete einfach, daß diese Stadt existiere.

„Das hat man dir vorgelogen, mein Junge,“ sagte er, „es gibt kein Athen, sondern nur ein Athos, und das ist auch keine Stadt, sondern ein Berg mit einem Kloster drauf. Weiter nichts. Es heißt: der heilige Berg Athos — es gibt solche Bilder, mein Alter hat damit gehandelt. Eine Stadt Belgrad gibt es, die liegt am Donauflusse, in der Art wie Jaroslawl oder Nishnij. Die Städte sind dort nicht sehr ansehnlich, die Dörfer sind ein ganz ander Ding! Und die Weiber — na, die sind dort einfach zu lieb. Wegen der einen wäre ich beinahe dageblieben — wie hieß sie doch gleich?“ Er reibt sich kräftig mit den Händen das blinde Gesicht, daß die struppigen Haare leicht knistern. Irgendwo tief in seiner Kehle gurgelt ein Lachen, das wie das Klirren eines gesprungenen Tamburins klingt. „Wie leicht man doch vergißt! Als sie von mir Abschied nahm, weinte sie, und auch ich weinte...“

In aller Ruhe, ohne jede Zurückhaltung, unterwies er mich, wie man es anfangen müsse, um die Weiber zu kirren.

Wir sitzen auf dem Hinterdeck, die laue Mondnacht schwebt uns entgegen, das Wiesenufer jenseits des silbernen Wassers ist kaum mehr sichtbar, und vom Berguser schimmern gelbe Feuer wie Sterne, die in die Gefangenschaft der Erde geraten geraten sind. Alles ringsum ist in Bewegung, zittert schlummerlos, lebt sein schweigsames, doch triebkräftiges Leben. Mitten in die schwermütige, lauschige Stille fallen die heiseren Worte:

„Manchmal öffnete sie die Arme so weit und schlug die Kleider zurück...“

Jakows Erzählung kennt keine Scham, doch hat sie nichts Widerwärtiges, nichts von Prahlerei oder Roheit, sondern eher etwas Treuherziges, Wehleidiges. Der Mond am Himmel, der in seiner Nacktheit gleichfalls keine Scham kennt, erregt ähnliche Gefühle stiller Sehnsucht. Die köstlichsten Erinnerungen steigen in mir auf, Königin Margot und der schöne Vers des Geigers, der sich mir um seiner tiefen Wahrheit willen unvergeßlich eingeprägt hat:

„Wohl bedarf das Lied der Schönheit
Doch die Schönheit nicht des Liedes...“

Aber ich schüttelte diese schwärmerische Stimmung von mir ab wie einen leisen Schlummer, und von neuem dringe ich in den Heizer, mir zu erzählen, was er erlebt und gesehen.

„Bist ein Schmetterling,“ sagt er, „was soll ich denn erzählen? Gesehen hab' ich alles. Du fragst, ob ich Klöster gesehen habe? Ja. Und Schenken? Auch die! Das Leben der Herren habe ich gesehen, und auch das Leben der Bauern. Satt hab' ich gelebt, und auch hungrig...“

Langsam und vorsichtig, als ob er auf einer wackligen Brücke über ein tiefes Wasser ginge, kommt er mit seinen Erinnerungen heraus:

„Einmal, beispielsweise, saß ich wegen eines Pferdediebstahls im Loch und dachte schon, Sibirien sei mir sicher. Der Polizeimeister war wütend und schimpfte, weil die Oefen in seinem neuen Hause fürchterlich rauchten. Ich sage zu ihm: ‚Der Sache kann ich abhelfen, Euer Wohlgeboren!‘ Und er schreit mich an: ‚Ach was, halt's Maul! Der geschickteste Meister kann hier nichts machen...!‘ (Fortsetzung folgt.)

Nach langem Zögern wurden endlich Magistratsvorlage und Antrag der USP. einem Stadtverordnetenausschuß überwiesen. Vorher versuchten unsere Genossen in der zentralen Schuldeputation, dieser Verzögerung entgegenzutreten. Damals wurde unser Antrag durch die Bürgerlichen unter Führung der Deutschen Volkspartei mit der Begründung abgelehnt, daß der Stadtverordnetenausschuß sich zunächst mit dieser Angelegenheit zu befassen habe, und man nicht doppelte Arbeit machen wolle. Am Montag fand nun die Sitzung dieses Stadtverordnetenausschusses statt, und man höre und staune: derselbe Vertreter der Deutschen Volkspartei hatte die Kühnheit, mit nichtigen Gründen eine Vertagung zu beantragen. Eine Regelung könne seiner Meinung nach für 1921 nicht mehr erfolgen, da 1921 schon beendet, und für 1922 nicht, weil dieses Jahr schon angefangen hätte. Dabei weiß dieser Herr ganz genau, daß es eine Menge weniger bemittelter Eltern gibt, die nicht imstande waren, das Schulgeld für 1921 zu bezahlen, oder die, wenn sie es bezahlt hatten, damit rechneten, daß ihnen das zu viel gezahlte Schulgeld für das nächste Jahr angerechnet würde. Der betreffende Herr muß das wissen, da er selbst Oberstudiendirektor ist. Trotz aller Gegengründe, die von sozialistischer Seite einmütig ins Feld geführt wurden, nahm die geschlossene bürgerliche Mehrheit den Vertagungsantrag an. Die Bürgerlichen reden zwar viel von: „Freie Bahn dem Tüchtigen", aber wenn es ernst wird und die proletarischen Eltern wirklich ihre Kinder auf Grund des ermäßigten Schulgeldes in die Schule schicken wollen, dann wird ihnen um ihre Privilegien angst und bange. Es könnte ja sonst der Fall eintreten, daß die höheren Schulen nicht mehr das Vorrecht der bürgerlichen Klasse wären.

Passierte doch jüngst in Neukölln der folgende interessante Fall: Mit sozialistischer Mehrheit ordnete der Schulausschuß an, daß die Kinder aus den Volks- und Vorschulen in gleicher Weise die Aufnahmeprüfung für Sexta zu machen hätten. An einer Anstalt wollte es der Zufall, daß ein Diktat gegeben wurde, das die Vorschüler längst kannten. Der sozialistische Direktor ordnete selbstverständlich sofort eine neue Prüfung an. Während nach der ersten Prüfung alle Vorschüler bestanden hatten, fielen bei der neuen Prüfung 60 Prozent durch, während von den Volksschülern nur 40 Prozent nicht bestanden. Dieses Ergebnis macht es zu gleicher Zeit verständlich, daß die Bürgerlichen so für die Erhaltung der Vorschulen schwärmen. Die ganze Angelegenheit aber zeigt den Arbeitern, wie wichtig es ist, daß Berlin wieder eine sozialistische Mehrheit bekommt, daß wir in den Schulen soviel wie möglich sozialistische Lehrer, Rektoren und Direktoren haben müssen, und daß bei den nächsten Elternbeiratswahlen am 28. Mai überall Sozialisten in den Elternbeirat gewählt werden. Die Bürgerlichen verstehen, sich ihre Macht zu erhalten und zu stärken: Proletarier, lernt von ihnen!

Unsere Genossen haben die Konsequenz aus diesem Verhalten der Bürgerlichen gezogen und nunmehr mit der SPD. und KPD. zusammen folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Nachdem der von der Stadtverordnetenversammlung für die Beratung der Schulgeldstaffelung eingesetzte Ausschuß die Beratung vertagt hat, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, die Schulgeldregelung für 1921 im Sinne der gegebenen Zusage vorzunehmen."

Reform des Strafvollzuges

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags führt am Montag die Debatte über den Justizetat zu Ende. Beim Kapitel Strafvollzug machte Justizminister Am Zehnhoff nähere Mitteilungen über seine Reform des Strafvollzugs, die durch den Erlaß einer neuen Dienstordnung für die preußischen Strafanstalten durchgeführt werden soll. Der Entwurf, an dem hervorragende Praktiker des Strafvollzugs sowie parlamentarische Vertreter mitgewirkt haben, liegt bereits vor. Er bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt. Der Gedanke der Rache und der Sühnung ist fallen gelassen worden. Das Ziel des neuen Strafvollzugs soll die Besserung sein. Zu diesem Zweck sind vorgesehen: Beschäftigung der Gefangenen durch produktive Arbeit unter möglichster Berücksichtigung der individuellen Veranlagung des Gefangenen, Einrichtung von Schulen mit Lehrfächern, die dem Gefangenen das Fortkommen im bürgerlichen Leben erleichtern, Besserung der Ernährungsverhältnisse und schließlich progressiver Abbau der Strafvollstreckung dergestalt, daß der Gefangene schon vor der Verbüßung der Strafe durch gewisse Erleichterungen schrittweise wieder ins bürgerliche Leben hineingeführt wird.

Die Reform wurde von allen Vertretern des Ausschusses lebhaft begrüßt. Genosse Liebknecht betonte, daß die leitenden Gedanken der Reform gutzuheißen seien. Es komme nun darauf an, der Verordnung einen entsprechenden Inhalt zu geben. Das sei nur möglich durch eine geschickte Auswahl der Strafvollzugsbeamten und durch eine dem Geiste der Verordnung entsprechende Ausbildung, der die Beamten des Strafvollzugs unterworfen werden müßten. Begrüßenswerte Anregungen gab ferner der Zentrumsabgeordnete Dr. Schmitt, der selbst Gefängnisdirektor ist und mit großem Nachdruck hervorhob, daß jeder Gefangene besserungsfähig sei.

Bei der Abstimmung über den Gesamtetat wurden die Anträge der Unabhängigen und der Kommunisten zur Reform der Rechtsprechung abgelehnt. Einige unwesentliche Anträge der Rechtssozialisten und der bürgerlichen Vertreter wurden angenommen. Abgelehnt wurde auch ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, für den nur die sozialistischen Vertreter und der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt stimmten.

Das Beamtenrätegesetz im Reichstagsausschuß

Das Zentrum gegen Erweiterung der Beamtenrechte. Ablehnung der Regierungsvorlage.

Im 23. Ausschuß des Reichstags wurde gestern die Debatte über das Beamtenrätegesetz in erster Lesung fortgesetzt. Zur Beratung standen Paragraphen über die Aufgaben und Befugnisse der Beamtenräte. Die Anträge unserer Fraktion wurden durch die Genossen Breunig und Hoffmann-Schmargendorf begründet. In unserem Antrag zu § 33 wurde das Mitbestimmungsrecht bei Regelung der die allgemeinen, persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Beamten betreffenden Angelegenheiten gefordert, insbesondere bei der Aufstellung der Dienstpläne, der Festsetzung der Vorschriften über Dienst- und Ruhezeit, bei Festsetzung über Beginn und Ende der Arbeitszeit, der Pausen und Essenszeiten, sowie bei Anordnung von Ueberstunden, bei Festsetzung der Arbeitsordnung oder an ihre Stelle tretender Dienstvorschriften, durch Aufstellung von Vorschriften, durch die der Dienstvorstand den Betrieb der Dienststelle regelt, soweit hierbei die persönlichen Verhältnisse der Beamten berührt werden, der Aufstellung des Urlaubsplanes usw. Ferner sollten die Verwaltungsstellen unserem Antrag entsprechend verpflichtet werden, alle Entwürfe von Erlassen, Verordnungen und Verfügungen, soweit sie allgemeine Verhältnisse des Personals regeln, dem Beamtenrat rechtzeitig, d. h. vor Erlaß vorzulegen, der sie, soweit eine Verständigung erzielt wurde, gegenzeichnet. Außerdem wurde von uns gefordert, daß die Ausdehnung der Dienstpflichten über die gesetzlich allgemein zulässige Arbeitszeit hinaus nur mit Zustimmung der zuständigen Beamtenvertretung zulässig sein soll.

Unsere Forderungen, ganz besonders die letzte, sowie der erste Absatz unseres Antrages zu § 33, der das Mitbestimmungsrecht ganz allgemein für alle persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Beamten fordert, wurde von den Regierungsvertretern und den bürgerlichen Parteien scharf bekämpft. Unsere Anträge wurden gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Unsere schon bei der Generaldebatte zum Ausdruck gebrachte Befürchtung, daß man die Errichtung von Beamtenräten nur dem Wort, aber nicht dem Sinne nach zugestehen will, wird durch die bisherige Gestaltung des Gesetzes vollauf bestätigt. Es zeigt sich immer mehr, daß es den bürgerlichen Parteien, insbesondere dem Zentrum, darauf ankommt, den Beamten anstelle eines wirklichen Mitbestimmungsrechtes Scheinrechte zu bieten. Während es uns um den Inhalt des Gesetzes zu tun ist, geht die bürgerliche Mehrheit lediglich auf ein Täuschungsmanöver aus. Sie hat der Bezeichnung Beamten-„Räte" zugestimmt, verweigert aber diesen Räten die notwendigen Rechte. Alle Verbesserungen mußten der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit mühsam abgerungen werden. Alle Verbesserungsanträge wurden mit knapper Mehrheit beschlossen. Sämtliche von den sozialistischen Parteien gestellten Anträge von grundsätzlicher Bedeutung wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Aber auch die Anträge der Demokraten fanden keine Gnade in den Augen des Zentrums. Unter Führung des Postbeamten Allecotte, eines typischen Beamten des alten Obrigkeitsstaates, stimmten das Zentrum im Verein mit den Deutschnationalen und Volksparteilern auch die Anträge der Demokraten nieder. Die Ablehnung erfolgte meistens mit Stimmengleichheit. Nachdem alle Verbesserungsanträge mit Hilfe des Zentrums abgelehnt waren, wurden die §§ 33 und 34 der Regierungsvorlage ebenfalls mit Stimmengleichheit abgelehnt. Für die Regierungsvorlage stimmten nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die deutschnationale und bayerische Volkspartei, während die Demokraten und die sozialistischen Parteien gegen die Regierungsvorlage stimmten. Damit ist das Kernstück des ganzen Gesetzes gefallen und eigentlich die Weiterberatung überflüssig geworden. Wie man hört, wollen Rechtssozialisten und Demokraten als Teilhaber der Regierungskoalition sich diese Behandlung durch das Zentrum nicht weiter gefallen lassen. Es ist beabsichtigt, in interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien ein Kompromiß zustande zu bringen.

Wir fordern die Beamtenschaft auf, ihre Vertreter im Reichstag scharf zu kontrollieren und sich zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, gesichert durch das Schlichtungswesen, bereitzuhalten.

Russische Emigranten untereinander

Am Dienstag, dem 2. Mai, fand vor dem Schöffengericht München — ein Stockwerk tiefer als der Prozeß Fechenbach gegen Coßmann — ein Beleidigungsprozeß statt, der interessante Einblicke in das Treiben der russischen Emigranten bot. Der frühere russische Legationsrat Eugen von Schelking hatte gegen den russischen Fürsten Nikolaus Massalski und den Obersten a. D., Theodor Ewald, Klage gestellt. Ewald hatte in der Deutsch-russischen Gesellschaft, die in München besteht, im Zusammenwirken mit dem Fürsten Massalski einen Polizeibericht verlesen, der Verleumdungen über Schelking enthielt und aus dem in einwandfreier Weise **die innige Verbindung der russischen Monarchisten mit der Münchener Polizei** hervorging. 6 Wochen nach Schluß des berüchtigten Reichenhaller Kongresses fand diese Affaire in der Deutsch-russischen Gesellschaft statt. Dabei stellte sich heraus, daß dieser Polizeibericht tatsächlich von der Polizei zur Verfügung gestellt worden war. Er war verfaßt von einem Oberleutnant Fentsch, der bei der Sicherheitspolizei in Stellung ist und als **„Begleitoffizier" zum Reichenhaller Monarchistenkongreß „beurlaubt"** worden war. Ein Zeuge sagte in der Verhandlung aus, daß Leute der Deutsch-russischen Gesellschaft von hin- und herreisenden russischen Kronprätendenten und **von deutschen Industriellen Geld bekämen,** wobei sie bestimmte Verpflichtungen eingingen. Das Gericht nahm sonderbarerweise Wahrung berechtigter Interessen an und sprach den Beklagten frei!

Wirtschaftskonferenz der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten. Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie beabsichtigen die Einberufung einer eigenen Konferenz zur Besprechung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten nach der Konferenz von Genua.

Eine Verordnung über den Luftfahrzeugbau ist soeben von der Reichsregierung erlassen. Die einzelnen Artikel regeln Herstellung, Einfuhr und Verkehr von Luftfahrzeugen aller Art.

Das Danziger Wahlgesetz. Der Danziger Senat hat dem Volkstage nunmehr den Entwurf eines Wahlgesetzes vorgelegt, das nach dem Muster des deutschen Wahlgesetzes ausgearbeitet worden ist. Der interalliierte Oberkommissar verlangt übrigens, daß das Danziger Parlament die Amtsdauer der Senatoren von zwölf auf zwei Jahre herabsetzt.

Filmschau

Es gibt auch schlechte amerikanische Filme. Die „Ufa" verwendet einen bemerkenswerten Eifer darauf, sie in Deutschland bekannt zu machen. Sie hat (außer Chaplin) noch nicht einen einzigen der großen berühmten amerikanischen Filme gezeigt. Aber wenn es von irgendeinem amerikanischen Filmschauspieler auch mal einen minderwertigen Film gibt, dann kann man sicher sein, daß die „Ufa" ihn erwirbt. — Einer von diesen minderwertigen Filmen heißt: „Die Tänzerin der kaiserlichen Balletts." Manchmal heißt er auch: „Die Peitsche des Kosaken." Beides ist richtig. Denn beide, die Tänzerin sowohl wie die Peitsche, spielen eine große Rolle in diesem Film, der eine „Begebenheit aus der russischen Revolution von 1905" behandeln soll. Es wird reichlich geprügelt in diesem Film. Es gibt ja Leute, die das gerne sehen. Für die muß dieser Film köstlich sein. Ich gehöre nicht zu ihnen. — Immerhin ist auch dieser minderwertige amerikanische Film noch viel besser (auch in der Gesinnung besser) als die verlogenen deutschen Hetzfilme, die sich gegen die russische Revolution richten. Dieser Film ist auch recht blutrünstig. Aber er richtet sich wenigstens nicht gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Sklaven, sondern gegen die viehischen Bestialitäten des Zarentums, gegen dessen Greuel der Terror der Bolschewiki ewig ein Kinderspiel bleiben wird.

Viola Dana, die in diesem unerfreulichen Film die Hauptrolle spielt, ist aber schade für so etwas. Ihre drollige, kindliche Komik kommt nur selten ans Licht.

In zwei kleinen Vorstadtkinos sah ich zwei amerikanische Filme, die ungleich viel besser waren, als dieser und als alle augenblicklich in den vornehmen Kinos der „Ufa" gespielten Filme, vom „Weib des Pharao" bis zum „Fridericus Rex". Der eine hieß: „Bill der Waldläufer" und zeigte herrliche Winterlandschaften aus Arkansas mit solchen Schneemassen, wie sie über Berlin nicht im Laufe von zehn Jahren niedergehen, und in diesem Schnee eine Gesellschaft lustiger, hübscher gewandter und sympathischer Amerikaner. Und der andere hieß: „Eine Minute vor zwölf" und zeigte in William Roggers, einen sehr untheatralischen, sehr menschlichen Schauspieler, der mit den denkbar sparsamsten Ausdrucksmitteln einen von Großstadtschwindlern immer wieder betrogenen Farmer darstellt, dessen unbeirrbar gutes Herz schließlich noch den Sieg davonträgt. — Zwei keineswegs vollendete, aber sehr sympathische Filme. Um so etwas zu sehen, muß man in kleine und billige Kinos gehen.

Etwas sehr lobenswertes aber leistet die „Ufa" mit ihren Lehrfilmen, von denen sie im „U. T. Kurfürstendamm" eine ganze Reihe vorführen ließ. In ganz vorbildlicher Weise hat man es in diesen wissenschaftlichen Filmen verstanden, verständlich und unterhaltend zu bleiben, oder, wie ein rechnerisch sehr begabter „Vortragender Rat" des Ufa-Ministeriums sich ausdrückte, aus dem Lehrfilm einen „Populär-Film" zu machen. Da sah man aufblühende, verwelkende, fleischfressende Pflanzen, Blumen, die wie Tiere aussehen und leben, und Tiere, die wie Blumen auf dem Grunde des Meeres wachsen und „blühen". Man sah in wundervoll deutlichen und großen Bildern aufwachsende junge Störche, die ihre ersten komisch-waghalsigen Flugversuche machen. Und man sah endlich das „Leben" unbelebter Dinge, das Werden und Vergehen chemischer Kristalle. Als ob kubistische oder futuristische Kunstwerke lebendig geworden wären, so sahen diese seltsamen Bilder kämpfender Chemikalien aus, deren Bewegungen sich nach Gesetzen vollziehen, die der Mensch noch nicht ergründet hat. — Diese Art Filme bilden ein Ruhmesblatt der „Ufa"-Gesellschaft, die man sonst leider so oft und so bitter tadeln muß.

Hans Siemsen

*

Von den mehr oder minder klangvollen Namen aus dem Filmreich sind in dieser Spielzeit fast alle an uns vorbeigezogen: Lubitsch, May, Oswald, Jacoby, Rippert, Jeßner, Dupont usw. Haften geblieben ist, wenn man vom kühnen Experiment der „Hintertreppe" absieht, ein einziger Film: „Der müde Tod" von Fritz Lang.

Wenn also Ullstein den auf vielhunderttausend Leser der „Illustrierten" losgelassenen Abenteurerroman: „Dr. Mabuse" auch noch aufs Kinopublikum — und für dieses hauptsächlich ist er wohl „gedichtet" worden — loslassen will, dann läßt er ihn eben von Fritz Lang inszenieren. Und Lang bietet hier an Regieeinfällen soviel Neues und Schönes, daß man darüber den romanhaften Schmarren beinahe vergißt. (Ufa-Palast.)

Wie minderwertig der Roman ist, ließe sich schon aus der Begeisterung nicht nur der Ullstein-Presse, die in diesem Fall ein Amt und eine ihm entsprechende Meinung hat, sondern auch der übrigen Filmkritik schließen, die zwar gleichfalls ein Amt hat, aber meistenteils keine Meinung, sie also darum eben lebhaft äußert. Ein Bild unserer Zeit heißt es. Warum? Weil in unserer Zeit das Schiebertum gedeiht, und die Hauptgestalt des Films ein Schieber ist, der sich jeden Tag eine andere Art von Perücke und Bart anklebt und so mit verschiedenen Masken verschiedene Verbrechen begeht; weil es da Spielhöllen, ausgehobene Nachtlokale, Anhänger der expressionistischen Kunstrichtung, spiritistischen Unfug, Nackttänze und dergleichen gibt. Immerhin ist dieser „Dr. Mabuse" dennoch ein Kulturdokument, aber nur durch die belehrende Tatsache, daß so etwas von Lesern und Zuschauern gierig verschlungen wird, während einer der größten lebenden Dichter, Arno Holz, von allen Verlegern, denen er seine längst vergriffenen Werke zum Neudruck anbietet, ablehnende Antworten erhält!

In der „Alhambra" lief vor geladenen Gästen ein Propagandafilm: „Das neue Palästina". Er wirbt für die zionistische Bewegung, zeigt dem unbefangenen Beobachter aber, wie diese ursprünglich saubere Bewegung in üblem Byzantinismus zu ersticken droht. Ein seit Jahrtausenden vernachlässigtes Land soll von Sümpfen gereinigt, von Fieberluft befreit, soll von einer Schar arbeitsfreudiger Menschen, die anderswo von der Nächstenliebe der frommen Christenheit nur Pogrome zu erwarten haben, kultiviert werden! Nicht aber soll Kriecherei, Verlogenheit, Pharisäertum gezüchtet werden! Die Achtung englischer Würdenträger erwirbt man schwerlich dadurch, daß man vor ihnen katzbuckelt, ihre Gunst schwerlich dadurch, daß man ihnen ein Gedenkblatt in jenem berüchtigten „goldenen Buch" widmet! Solch ein Ehrendiplom nämlich kann jeder Schacherjude durch Stiftung von ein paar Hundert [illegible] erwerben, wenn's ihn gelüstet, seinen Namen als den eines Wohltäters im goldenen Buch für die Nachwelt aufbewahrt zu wissen. Es muß doch schlimm um eine Idee stehen, wenn sie „Staat macht" mit versklavten Elementen, die ihr zwar ein Geldopfer bringen, aber nur gegen öffentliches Plakatieren dieser Handlung, die nach einer sittlichen Forderung des Judentums im Verborgenen vor sich gehen soll!

Das Publikum der Alhambra ließ sich von den Zahlenangaben des goldenen Buchs zu Beifallsstürmen hinreißen wie die Preußen vom Gänsemarsch des „Fridericus". Das beweist, daß der Jude, der sonst an allem Kritik üben kann, seine Kritikfähigkeit einbüßt, sobald es sich ums Judentum selbst handelt, und daß er die Stimme Martin Bubers nur darum überhört, weil diese Stimme, statt ihm Honig um den Mund zu schmieren, auf seine Entartungserscheinungen unerbittlich hinweist!

Dosio Koffler.

Tages-Notizen

Herwarth Walden liest Mittwoch, 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Str. 134a, seine [illegible] „[illegible]" vor.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

Stadtverordnetenversammlung

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde zunächst ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten ohne Aussprache angenommen. In dem Antrag wird der Magistrat ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei der in Aussicht stehenden Bebauung des Parkes in der Königgrätzer Straße (Park des Palais Prinz Albrecht) ein Teil des Parkes für die Bevölkerung erhalten bleibt.

Da der Vorsteher die Absicht hatte, die auf die Bajonettattacke vor dem Rathaus bezüglichen Anträge in der gestrigen Sitzung nicht zur Beratung zu stellen, beantragte neben **Dörr** (KPD.) Genosse **Dr. Weyl**, diese Anträge zuerst zu beraten, da bereits die letzte Stadtverordnetensitzung die Dringlichkeit dieser Anträge anerkannt habe. Wem an einer gedeihlichen Arbeit der Versammlung liege, müsse dafür eintreten, daß dieser Punkt vorwegenommen werde.

Der Antrag löste eine längere Geschäftsordnungsdebatte aus. Außer den Deutschnationalen wandten sich sämtliche bürgerliche Fraktionen gegen den Antrag. Auch die Rechtssozialisten wollten von einer Beratung dieser Anträge nichts wissen. Sie befürchteten wohl, daß ihrem Parteigenossen Richter, dem Berliner Polizeipräsidenten, und ihren Freunden im Magistrat in sehr unangenehmer Weise die Wahrheit gesagt werden würde.

In namentlicher Abstimmung wurde der **Antrag mit 95 gegen 95 Stimmen abgelehnt.**

Rosenberg (KPD.) beantragte nunmehr sofortige Beratung eines Antrages, der zur Bekämpfung der Teuerung die Bereitstellung von 580 Millionen Mark fordert. Auch dieser Antrag verfiel in namentlicher Abstimmung der Ablehnung.

Um den Kommunisten die Möglichkeit zu nehmen, weitere Anträge zu stellen, beantragten Bürgerliche und Rechtssozialisten Beratung der vorliegenden Magistratsvorlagen in der Reihenfolge der Tagesordnung. Auf die Forderung der Kommunisten, namentlich über diesen Antrag abzustimmen, ging der Vorsteher nicht ein, sondern führte einen Beschluß durch Akklamation herbei.

Dörr, Schumacher und **Dr. Rosenberg** (KPD.) protestierten gegen dieses Verhalten des Vorstehers und kündigten schärfste Obstruktion an. Als **Dörr** die Frage aufwarf, ob für die Kommunisten keine Geschäftsordnung bestehe, antwortete **Dove** (Dem.): Sehr richtig! Der Zwischenrufer erklärte dann, der Zwischenruf sei so gemeint, daß für die Kommunisten wohl keine Geschäftsordnung bestünde, denn sonst würden diese die Geschäftsordnung nicht ständig mit Füßen treten.

Die Versammlung trat alsdann in die dritte Beratung der Vorlage über eine **neue Gewerbesteuerordnung** der Stadt Berlin ein. Unsere Fraktion, unterstützt von den Kommunisten, hatte dazu beantragt, die Konsumgenossenschaften von dieser Steuer zu befreien. Dieser Abänderungsantrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 81 gegen 89 Stimmen abgelehnt. In der Abstimmung über die einzelnen Positionen der Gewerbesteuerordnung war wiederholt namentliche Abstimmung von den Kommunisten beantragt worden, so daß sich die Erledigung der Vorlage außerordentlich in die Länge zog. Die Vorlage wurde gemäß den Vorschlägen des Ausschusses verabschiedet.

Hierauf stellte Genosse **Dr. Weyl** den Antrag, als ersten Punkt der nächsten Sitzung am Donnerstag die Anträge, die sich auf die blutigen Vorgänge vor dem Rathaus beziehen, zu beraten. Wir haben ein Interesse daran, so führte Genosse Dr. Weyl aus, daß die Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung in Ruhe geregelt werden. Mit 95 gegen 95 Stimmen sei die Beratung dieser Anträge in der heutigen Sitzung abgelehnt worden. Schon aus diesem Grunde müsse dem Wunsche eines großen Teiles der Versammlung Rechnung getragen werden.

Als **Rintorf** (KPD.) diesen Antrag unterstützen wollte und das Rednerpult betrat, wurde er von den Bürgerlichen mit großem Lärm empfangen. Zwischenrufer bezeichneten ihn als „Klingeldich". Die Bemerkung Rintorfs, wenn der Vorsteher ihm nicht Gehör verschaffe, würde er ihm die Klingel abnehmen und selbst Ruhe schaffen, brachte ihm einen Ordnungsruf ein.

Auch über diesen Antrag beantragten die Kommunisten namentliche Abstimmung. Sie ergab Ablehnung des Antrages mit 95 gegen 89 Stimmen. —

Ueber die Vorlage betr. die **Neuordnung des Krankenpflegeausbildungswesens** berichtete Genosse **Dr. Weyl**. Er wies darauf hin, daß bei den Beratungen im Ausschusse, die einzelnen Positionen der Vorlage nur sehr knappe Mehrheiten erhalten hätten.

An dieser Vorlage schienen die Bürgerlichen, die immer so sehr von Verantwortlichkeit und Würde schwätzen, außerordentlich wenig Interesse zu haben, denn ganze 10 Stadtverordnete von 115 bürgerlichen Stadtvätern waren während der Berichterstattung im Saale.

Nach längerer Diskussion wurde die weitere Beratung dieses Punktes vertagt.

Ohne **Aussprache** wurde dann eine Reihe von Vorlagen angenommen, u. a. ein Antrag unserer Fraktion, der zur **positiven Bekämpfung der Schundliteratur und des Unwesens im Kino** 500 000 M. zur sofortigen Anschaffung von geeignetem Lesestoff fordert.

Schluß der öffentlichen Sitzung 10¾ Uhr.

Erhöhung der Krankenhaussätze

Die bürgerlichen **Parteien und** Rechtssozialisten haben in der gestrigen Sitzung der Gesundheitsdeputation die Verpflegungssätze der städtischen Krankenhäuser von 40,— auf 65,— M. erhöht. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beantragten den Satz auf 75,— M. zu erhöhen. Alle Einwendungen unserer Genossen (Weyl, Frau Fahrenwald, Thurm), daß hierdurch eine unabsehbare Schädigung der gesundheitlichen Interessen unserer Bevölkerung geschaffen wird, auch der Hinweis der Beamtenorganisation, daß selbst für Beamte bis in die höchsten Gruppen hinein derartige Sätze unerträglich sind, fanden keinen Widerhall. Sogar für die Kinder, für die bisher 6,— bzw. 10,— M. pro Tag gezahlt wurden, ist mit brutalster Rücksichtslosigkeit der Satz auf 12,— bzw. 18,— M. erhöht worden. Besonders kennzeichnend für den volksfeindlichen Charakter der bürgerlichen Mehrheit ist die Ablehnung des vom Gen. Weyl gestellten Antrages, die Einkommen von bisher 25 000 M., die nur die Hälfte des Satzes zu zahlen hatten, mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert auf 35 000 M. zu erhöhen. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich mit dieser Angelegenheit noch gründlich zu beschäftigen haben.

Groß-Berlin

Bürgermeister und Boxer

Wie herrlich war das Leben doch zuvor,
Wenn uns das Hohenzollernwetter lachte
Und demutsvoll am Brandenburger Tor
Der Oberbürgermeister Kotau machte!

Herr Böß ist übel dran, sein Herz ist schwer;
Denn seinem Amt fehlt die Romantik heute,
Und nach Berlin gibt's keine Einfuhr mehr
Für Potentaten und für Prinzenbräute.

Da brachte ihm die Gnade des Geschicks
Des Meisters Dempsey weltbekannte Größe,
Den Herrn der Fäuste und des Stiergenicks,
Den König in dem Reich der Magenstöße.

Herr Böß tat einen hohen Freudensprung,
Hat ob des Zufalls glücklich sich gepriesen
Und nach der guten Ueberlieferung
Dem Gaste seine Reverenz erwiesen.

Berlins Bevölkerung hat tags danach
Von ihres Bürgermeisters Glück gelesen,
Und mancher schüttelte sein Haupt und sprach:
Ei ja, das ist mal wieder bös gewesen.

J.

Reichswehr, Kaiser und Reich!

Unter dieser Spitzmarke wird uns aus Potsdam geschrieben:

Es geschieht allerhand in der deutschen Republik, aber obwohl man sich über nichts mehr wundert, ist ein Vorgang am Montag geradezu bezeichnend für die heutigen Zustände. Wie durch die Presse bekannt geworden ist, hatten die Potsdamer Militaristen ihre Feiertage in Potsdam. Am 6. Mai fand eine Feier des Artilleristenlagers unter starker Beteiligung der Potsdamer Reichswehroffiziere statt. Es ist bezeichnend, daß diese republikanischen Reichswehrmänner in Reih und Glied mit den Potsdamer Reaktionären stehen und sich an jedem Rummel beteiligen müssen. Aber das ist noch gar nichts —

Am Montag fand hier die Enthüllung des Denkmals für die im Felde gefallenen Ulanen statt. Der Aufmarsch erfolgte dazu im Lustgarten. In Reihe und Glied erwarteten die Kriegervereine den Einmarsch der Schwadron Reichswehr, die unter Abspielen des Parademarsches an der Front der Krieger vorbeiritt. Dann zogen die Fahnen unter „Augen rechts" an dem Zuge vorbei. Ein Schauspiel, das endlich der Vergangenheit angehören muß, eine Provokation der Arbeiterschaft. Vor allen Dingen war noch eine zweite Militärkapelle da. Es scheint ja für solche Sachen sehr viel Geld da zu sein. Unter klingendem Spiele zog die Reichswehr mit den Kriegern durch unser Städtchen. Dann erfolgte der Aufmarsch am Denkmal unter großer Beteiligung der Reichswehr und der grünen Polizei, die in reichlichem Maße Posten gestellt hatte. Die ganze Veranstaltung gipfelte in deutlichster Weise in einer Verherrlichung des kriegerischen Ungeistes. Dem Prediger schien noch nicht genug Blut geflossen und noch nicht genug des Elends geschaffen worden zu sein. Ein schöner Verkünder des Wortes Gottes! Der folgende Redner gab aber noch den letzten Rest, in dem er seine Ausführungen beendete: „Ich will mein Wort nicht brechen, nicht Buben werden gleich, will predigen und sprechen vom Kaiser und vom Reich."

Und daneben steht in offizieller Weise in Paradeaufstellung eine Schwadron republikanischer Reichswehr. Herr Reichswehrminister, was nützen uns ihre schönen Worte, die Taten der Wehrmacht sprechen eine andere Sprache. Sie bringt Tag für Tag Beweise für ihre „treue republikanische" Gesinnung. Das Verhalten während der letzten drei Tage in Potsdam war eine Verhöhnung der Republik und der Arbeiterschaft.

Schulkinder als Hausreiniger

Im „Berliner Südost-Anzeiger" (Treptow) inseriert ein Hauswirt: „Schulmädchen zum Treppenfegen Mittwoch, Sonnabend, verlangt. Wirt, Baumschulenstr. 108." Wäre es nicht besser, daß dieser Hauswirt oder seine Ehefrau sich der Arbeit des Treppenfegens selbst unterzieht? Der 120prozentige Mietszuschlag sollte doch wohl, wie in allen anderen Häusern, die Annahme eines erwachsenen Hausreininers gestatten. Schon im Interesse des Kinderschutzes dürfen die Hausbewohner, die ja schließlich durch ihre Heranziehung zu den Betriebskosten ein Wort mitzureden haben, nicht dulden, daß ein armes, sicher unterernährtes und vielleicht nicht lungenfestes Schulmädchen den Treppenstaub schluckt.

Wie die Eisenbahn spart

Lebhafte und durchaus begründete Klagen gehen uns zu über die von der Eisenbahnverwaltung an verkehrter Stelle geübte Sparsamkeit. So wird uns vom Görlitzer Bahnhof (Hauptverladestraßen) berichtet, daß dort ein einziger Schalterbeamter mit der Ausgabe der Frachtbriefe beschäftigt ist. Fast den ganzen Vormittag über ist der kleine Vorraum mit Wartenden angefüllt, die auf Abfertigung warten. Der ausgebende Beamte ist überlastet. Er allein hat die Aufgabe in Empfang zu nehmen, die Frachtbriefe auszusuchen, die Endnummern festzustellen und die Geldscheine zu zählen.

Zeit ist bekanntlich Geld. Das hat Geltung nicht nur für die Wartenden, die unter Umständen Fuhrwerk und Leute stundenlang stehen lassen müssen, sondern auch für die Eisenbahnbehörde. Die letztere hat alle Ursache, den Verkehr möglichst reibungslos und schnell abzuwickeln. Es ist eine Sparsamkeit am falschen Platze, solche dringenden Geschäfte auf einem weltstädtischen Güterbahnhof durch einen einzigen Beamten ausüben zu lassen, der über seine Kraft arbeiten muß und kaum Zeit findet, ein menschliches Bedürfnis zu befriedigen.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an die vor kurzem von der „B. a. M." veröffentlichte Mitteilung, daß auf dem Schlesischen Personenbahnhof statt des einen Oberbahnhofsvorstehers, dem ein Bahnhofsvorsteher zur Seite stand, jetzt ein Eisenbahn-Amtmann Dienst tut, der die Unterstützung eines Eisenbahn-Oberinspektors sowie eines Eisenbahninspektors findet. Außerdem sind noch fünf Oberbahnhofsvorsteher auf besonders für sie geschaffenen Posten tätig. Des weiteren sind noch eine ganze Reihe weiterer Beamter als Amtmänner, Oberinspektoren usw. in Funktion.

Es wäre dringend erwünscht, bei der Eisenbahn nicht nur unten, sondern vor allen Dingen oben zu sparen. Ob Herr Gröner sich dazu aufraffen wird? Wir bezweifeln das, denn noch leben wir in einer „Geheimräte-Republik".

Grenzänderung zwischen den Verwaltungsbezirken Mitte und Kreuzberg. Die Reichsdruckerei, die ihren Betrieb auf mehreren Grundstücken in der Oranienstraße, Alten Jakobstraße und Kommandantenstraße innehat, gehört infolgedessen gegenwärtig zu zwei verschiedenen Verwaltungsbezirken, Mitte und Kreuzberg. Da die Polizeiamtsbezirke seiner Zeit den Grenzen der Bezirksämter angepaßt worden sind, untersteht der Betrieb der Reichsdruckerei zwei Polizeiämtern, was zu erheblichen Schwierigkeiten führt. Der Polizeipräsident hat daher den Magistrat ersucht, die Grundstücke der Reichsdruckerei einheitlich dem Bezirk Kreuzberg zuzuteilen. Auch die übrigen augenblicklich von der Reichsdruckerei erst gemieteten Grundstücke sollen diesem Verwaltungsbezirk zugeteilt werden. Eine ähnliche Zerrissenheit besteht bei dem Hotel Fürstenhof am Leipziger Platz und Königgrätzer Straße sowie bei den Grundstücken des ehemaligen Kriegsministeriums in der Leipziger Straße und Wilhelmstraße, die jetzt dem Reichsfiskus gehören. Sowohl das Hotel wie die reichsfiskalischen Grundstücke sollen dem Verwaltungsbezirk Mitte zugeteilt werden. Die Bezirksversammlungen Mitte und Kreuzberg haben diesen Grenzänderungen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Groß-Berlin bereits zugestimmt.

Kinderschutzkommission Charlottenburg. Die Genossin, die am 16. März 1922 vor dem Hause Kantstraße 78 Zeugin eines Auftritts zwischen einer Frau und einem Mann war und sich durch die Mitgliedskarte der Kinderschutzkommission legitimierte, wird gebeten, ihre Adresse der Genossin Wiegmann, Kurfürstendamm 52, einzusenden.

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Die Uebungsstunde fällt auch in dieser Woche aus. Sie findet bestimmt am Donnerstag, den 18. Mai, abends ½8 Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16-17, statt.

Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Neukölln. Der Beirat der Fürsorgestelle für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Verwaltungsbezirk Neukölln ist für 1922 neu gebildet worden. Er setzt sich aus 24 Mitgliedern zusammen, von denen je 1 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist und je 11 sozialerfahrene Persönlichkeiten und Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind. Von den Organisationen sind der Reichsbund mit 5, der Internationale Bund mit 3, der Kreiskriegerverband, Deutscher Offiziersbund und Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Neukölln mit je 1 Mitglied vertreten. Vorsitzender des Beirats ist Stadtrat Lucke.

Sonntagszüge. Sonntagszüge für den Ausflugsverkehr sind soeben nachträglich in den Sommerfahrplan vom 1. Juni bis 7. Oktober aufgenommen worden: aus Berlin (Stettiner Bahnhof) 7,20 Uhr vorm. nach Freienwalde und 7,25 vorm. nach Fürstenwalde; zurück von Freienwalde 9,25 Uhr nachm., von Fürstenwalde 7,54 Uhr nachm.

Das Freibad Müggelsee, das zwischen Friedrichshagen und Rahnsdorf am Nordufer des Sees eine schöne Lage hat, öffnet am nächsten Sonntag, den 14. d. M., für die kommende Badezeit wieder seine Pforten.

Zeugenaufruf. Die Erzbergerdemonstration in Potsdam am Sonntag, den 28. August 1921 endete mit der Erschießung der beiden Arbeiter Regner und Franke, ohne daß der Tod der beiden bisher eine Sühne gefunden hätte. Die ihrer Ernährer beraubten Familien haben schon vor einigen Monaten bei den zuständigen und verantwortlichen Behörden Versorgungsansprüche gestellt. Da bis heute ein Erfolg ihrer Forderungen nicht vorliegt, bitten die Angehörigen alle Augenzeugen des Vorfalls, ihre Adresse an die Witwe des Arbeiters Regner, Maria Regner, Steglitz, Mommsenstraße 53, gelangen zu lassen.

Der Türkenmord in der Uhlandstraße ist immer noch nicht aufgeklärt. Die Ermittlungen werden sowohl in Berlin als auch in Leipzig ständig noch fortgesetzt, namentlich auch in bezug auf den in Leipzig verhafteten Studenten Berbarian, der sich nach wie vor in Berlin im Untersuchungsgefängnis befindet. Mit ihm beschäftigt sich zurzeit besonders die Leipziger Polizei u. a. auch nach der Richtung, ob und welche Verbindungen er dort etwa mit anderen Armeniern unterhalten hat. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt die Abteilung 1 A des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Eine hartnäckige Lebensmüde. Das 23 Jahre alte Dienstmädchen Grete L. versuchte gestern vormittag, sich in der Wohnung seiner Herrschaft in der Straße Siegmundshof die Pulsadern zu durchschneiden. Als ihr das nicht gelang, begab sie sich nach der Freiarchenbrücke und stürzte sich in den Landwehrkanal. Ein Schiffer, der den Vorgang beobachtet hatte, zog sie wieder heraus und brachte sie nach der Kleinen Tiergartenwache, wo man ihr die ersten Verbände anlegte. Motiv: Liebeskummer.

Wer ist der Tote? Auf einer Ruhebank sitzend tot aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht von Beamten der Schutzpolizei auf dem Arminiusplatz ein unbekannter Mann von etwa 70 Jahren. Die Beamten riefen noch einen Arzt, dieser konnte aber nur den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Unbekannte ist 1,75 Meter groß, hat rötlich-graues Haar, ebensolchen Voll- und Schnurrbart und trug eine blaue Schirmmütze, einen grauen, gestreiften Anzug und schwarze Schnürschuhe.

In der Jungfernheide erhängt. Gestern früh fand ein Beamter der Schutzpolizei, der sich auf einem Streifgange durch die Jungfernheide befand, im Jagen 46 einen etwa 70 Jahre alten Mann, an einer Kiefer erhängt, auf. Die Leiche des Unbekannten wurde nach der Friedhofshalle in Tegel geschafft.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden ist
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren
ein bewährtes u. schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 17,50 u. M. — M.
Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74

Gewerkschaftliches

Zum Kampfe in der Metallindustrie

An alle Angestellten!

Der Gesamtvorstand des AfA.-Bundes erblickt in der vom organisierten Unternehmertum der süddeutschen Metallindustrie geforderten Verlängerung der tariflichen 46stündigen Arbeitswoche einen wohldurchdachten

Angriff auf den Achtstundentag,

dessen Erhaltung im Mittelpunkt der höchsten gemeinsamen sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten liegen muß.

Die süddeutschen Metallindustriellen, die sich bereits einmal im Jahre 1908 als Vorkämpfer der deutschen Unternehmerklasse gegen das Koalitionsrecht der gewerkschaftlich orientierten Angestelltenschaft erwiesen haben, wollen auch diesmal den Beweis erbringen, Bahnbrecher der Reaktion zu sein.

Die organisierten Metallarbeiter Süddeutschlands haben in diesem elfwöchigen Abwehrkampf gezeigt, daß sie sich ihrer hohen historischen Mission gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bewußt sind. Der Gesamtvorstand des AfA.-Bundes weiß sich eins mit hunderttausenden von freigewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Angestellten, wenn er den streikenden Metallarbeitern für ihren zähen Kampfeswillen, ihre aufrechte Haltung und ihre hohe Opferfreudigkeit seine vollste Bewunderung und Sympathie zum Ausdruck bringt.

In dieser Stunde des verschärften Klassenkampfes gilt es aber auch, die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter zur Tat werden zu lassen. Der Gesamtvorstand erwartet deshalb von den Kollegen und Kolleginnen, daß sie die vom AfA.-Bund anläßlich des Metallarbeiterstreiks herausgegebenen Marken (für männliche Mitglieder 5 M., für weibliche Mitglieder 3 M.) bei ihrem Berufsverband sofort einlösen, um die kämpfenden Arbeiter in ihrem heldenhaften Ringen tatkräftig zu unterstützen und ihnen zum vollen Erfolg zu verhelfen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
(AfA.-Bund)
Aufhäuser, Stähr, Süß.
Angeschlossene Verbände:
Zentralverband der Angestellten
Urban.
Deutscher Werkmeister-Verband
Buschmann
Bund der technischen Angestellten und Beamten
Heinze
Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten
Marx
Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger
Rickelt.
Internationale Artistenloge
Konorah
Deutscher Polierbund
Bergeritz
Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen
Schulz
Deutscher Fördermaschinistenverband
Schuster
Verband deutscher Schiffsingenieure und Seemaschinisten
Warnecke
Werkmeisterverband der Schuhindustrie
Pfeiffer
Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter
Reß
Verband Deutscher Kapitäne und Steuerleute der Hochseefischerei
Molkenbuhr

Eine feine Nummer? Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir in Nummer 186 eine Notiz, die wir vom Metallarbeiterverband erhielten und in welcher dem Spritzguß-fabrikanten Adolf Steiner reaktionäres Verhalten usw. vorgeworfen wurde. In einer längeren Zuschrift von Steiner werden die in der Notiz zum Ausdruck gebrachten Behauptungen energisch bestritten und erklärt, daß ein Querulant, der sich in seinem Betriebe unangenehm bemerkbar machte, wohl der Veranlasser dieser Notiz gewesen wäre. Steiner bestreitet weiterhin entschieden, daß er unter Tarif bezahlt und angeblich eine schwangere Frau gestoßen hätte. Wir übermittelten diese Zuschrift dem Verband, der uns jetzt erst eine Mitteilung zukommen läßt, in welcher erklärt wird, daß er seine Behauptungen aufrechterhalten müsse. Es steht Behauptung gegen Behauptung. — Wir sind nicht in der Lage, diese einzelnen Dinge nachprüfen zu können. Soweit wir Mitteilungen, die uns offiziell von den Verbänden zugehen, veröffentlichen, bringen wir sie auf Treu und Glauben zum Abdruck. Sollten in diesem Fall die einzelnen Behauptungen nicht zutreffen, so müssen wir es den Parteien überlassen, diesen Streit unter sich auszumachen.

Tagung der Bauarbeiter

Zurzeit tagen die Bauarbeiter in Leipzig. Auf dem Verbandstag ist neben anderen Delegierten auch ein Vertreter der russischen Bauarbeiter erschienen. Sabronoff, dies der Name des Delegierten, hielt am ersten Verhandlungstag, am 8. Mai, eine Ansprache. Vertreten sind weiter England, Frankreich, Belgien, Schweden, Dänemark und Ungarn. Paeplow begrüßte die ausländischen Delegierten. Wir werden über die Tagung noch ausführlich berichten.

Betriebsräteschule

An folgenden, Donnerstag, den 11. Mai 1922, beginnenden Kursen können sich noch neue Hörer beteiligen. Die Anmeldung kann im Kursus erfolgen oder im Büro der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Treppe. Für Arbeitslose ist die Teilnahme unentgeltlich.

Zentrum, Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17: Die Rationierung in der Wirtschaft; Lehrer: Hans Krauß (nachm. 6 Uhr). Weltwirtschaftskrise und Proletariat; Lehrer: Dr. P. Dreyfuß (ab 8 Uhr).

Südosten, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Grundsätzliche Betrachtungen über das Betriebsrätegesetz; Lehrer: Fritz Fricke (nachm. 6 Uhr, Zeichensaal). Gewerbehygiene; Lehrer: Dr. Berta Erdmann (ab 8 Uhr, Physikzimmer). **Betriebsräteschule.**

Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser des D. M. V. Donnerstag, abends 6½ Uhr, im Humboldt-Gymnasium, Gartenstraße 25, Branchenversammlung. Tagesordnung: Wahl der Branchenkommission. Vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

U. S. P. D.-Gewerkschaftsangestellte! Die am 3. Mai dieses Monats vertagte Versammlung findet ihre Fortsetzung am 17. Mai, abends 7 Uhr. Tagungslokal wird noch bekanntgegeben. J. A.: A. Holz.

Mailöhne im Einzelhandel. Die Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, haben dem Lohnabkommen für Mai ihre Zustimmung erteilt. Die gedruckten Tarifverträge sind im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zimmer 31, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches zum Preise von 1.50 M. erhältlich.

Beendete Lohnbewegungen. Für die Transportarbeiter im Berliner Papier- und Pappengroßhandel Groß-Berlin sowie in den Buchdruckereien sind die Lohnbewegungen für den Monat Mai zum Abschluß gelangt und können die neu abgeschlossenen Tarife im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelufer 24—25, II, Zimmer 31, gegen Mitgliedsausweis in Empfang genommen werden.

Zur Unterstützung der süddeutschen Metallarbeiter. Der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller teilt mit, daß der Ausschuß der ADGB. beschlossen hat, die gesammelten Gelder für die Dänenhilfe den Metallarbeitern zuzuführen. Die Kollegen sind verpflichtet, wo dies noch nicht geschehen ist, sofort die Marken vom Büro abzuholen. Jeder Kollege muß zwei Marken zu 5.— M., jede Kollegin zwei Marken zu 3.— kleben. Die Ortsverwaltung fordert hiermit die Kollegen auf, den kämpfenden Metallarbeitern strengste gewerkschaftliche Solidarität zu erweisen.

Buchbinder! Die neuen Formulare über das letzte Lohnabkommen mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer sind auf unserem Ortsbüro, Engelufer 24, II Zimmer 30—41, abzuholen. Die neuen Zulagen für den Monat Mai sind die gleichen wie für den Monat April mit Gültigkeit ab 1. Mai. Für die Kollegenschaft der reinen Buchbindereien und Geschäftsbuchfabriken, soweit dieselben nach dem April-Abkommen entlohnt werden, kommen dieselben Zulagen wie für den Monat April zur Auszahlung ab 1. voller Lohnwoche im Mai. Der Prozentzuschlag der Akkordarbeiter erhöht sich von 200 auf 375 Prozent.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 10. Mai.

2. Distrikt. 4. Abteilung. Berlin-Mitte. Gemeinschaftlicher Zahlabend, 7 Uhr, bei Perschke, Georgenkirchstraße 14.

3. Distrikt. Mitte. 7 Uhr, gemeinschaftlicher Zahlabend. 1. Abteilung: bei Brethack, Hannoversche-, Ecke Hessische Straße; 3. Abteilung: bei Damb, Schlegelstraße.

16. Verwaltungsbezirk. Friedrichshagen. Mitgliederversammlung, abends 7½ Uhr, bei Firbel, Rahnsdorfer Straße 13. Wegen organisatorischer Fragen muß jeder Genosse anwesend sein.

Neukölln. 7½ Uhr, Zahlabend in folgenden Lokalen: 2. Bezirk: Schulz, Hobrechtstraße 65. 3. Bezirk: Zeichensaal der Rütlischule. 4. Bezirk: Tellstraße 8. 5. Bezirk: Idealkasino Weichselstraße 8. 6. Bezirk: Balle, Weserstraße 42 und Angelrath, Elbestraße 28. 7. Bezirk: Kaffun, Eckstraße 8. 10. Bezirk: Pritzlaw, Richardstraße 58. 16. Bezirk: Wehel, Okerstraße 14. 17. Bezirk: Bieler, Thomas-, Ecke Bodestraße. 21. Bezirk: Günther, Schillerpromenade 11. — Alle anderen Bezirke in den bekannten Lokalen.

Britz. 7½ Uhr, gemeinschaftlicher Zahlabend bei Kopper, Chausseestr. 69.

15. Verwaltungsbezirk (Oberschöneweide). Zahlabend Rottmeierstraße, Zeichensaal.

16. Verwaltungsbezirk. Abteilung Köpenick. Abends 7½ Uhr, gemeinsamer Zahlabend. Wichtige Tagesordnung! Pünktliches und zahlreiches Erscheinen notwendig. Bei Reitig, Müggelheimer Str. 36.

3. Distrikt. 5. Abteilung. Abends 7 Uhr, Zahlabend bei Scheithauer, Gormannstraße 28. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

8. Distrikt. Kindergruppe. Zusammenkunft aller Kinder im Jugendheim, Gerichtstraße (Badeanstalt), von 5—7 Uhr.

9. Verwaltungsbezirk. (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Zahlabend in den bekannten Lokalen. Erscheinen aller Genossen erforderlich, da äußerst wichtige Tagesordnung.

10. Distrikt. Gesundbrunnen. Alle Genossen die im Besitz von roten Armbinden sind, bitte dieselben am Zahlabend den Gruppenführern abzugeben, da Bestandsaufnahme. Die Gruppenführer geben dieselben weiter an die Abteilungsführer.

11. Distrikt. Zahlabend, 1. Abteilung: Kramer, Kothenerstraße; 2. Abteilung: Tottleben, Allensteiner Straße 20; 3. Abteilung: Scheide, Pasteurstraße 2; 4. Abteilung: Matschke, Marienburger Straße 31; 5. Abteilung: Baske, Wins-, Ecke Danziger Straße; 6. Abteilung Tiek, Carmen-Sylva-, Ecke Neugarder Straße.

14. Distrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr, gemeinsamer Zahlabend bei Bowelett, Zoststraße 7.

16. Distrikt. 5. Abteilung. Gemeinsamer Zahlabend, abends 7 Uhr, bei Romahn, Gubener Straße 12.

20. Distrikt. (Kreuzberg.) Abends 7 Uhr, gemeinsamer Zahlabend in der 1. Abteilung bei Vogel, Britzer Straße 46. Genossen, deren Kinder die 17. und 18. Gemeindeschule besuchen, müssen unbedingt erscheinen. 5. Abteilung: bei Reinke, Grünauer Straße 17; 6. Abteilung: bei Bendix, Wiener Str. 55; 8. Abteilung: bei Kraatz, Adalbertstraße 21 (Vortrag des Genossen Ulmer); 9. Abteilung: Stadtbezirk 99, Wrangelstraße 125 bei Schielke, Stadtbezirk 100—102, Pücklerstraße 39 bei John; 10. Abteilung: nicht bei Reimann, sondern bei Lübke, Eisenbahnstraße, Ecke Wrangelstraße; 12. Abteilung: bei Valentin, Görlitzer Straße 72; 13. Abteilung: bei Eichholz, Cuvrystraße 28.

20. Distrikt. (Kreuzberg.) 7. Abteilung. 7 Uhr, gemeinschaftlicher Zahlabend bei Schramm, Reichenberger Straße 86, Ecke Glogauer Straße.

Charlottenburg. 4. Abteilung. Zahlabend bei Thelen. ½8 Uhr. Vortrag des Genossen Simon, „Reichsmietengesetz und Wohnungsabgabengesetz".

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr bei Jürgens, Barbarossastraße 36, Abteilungsversammlung der 2. Abteilung (3. und 6. Bezirk). Referent: Genosse Menier. — Die Eltern, deren Kinder die Mittelschule besuchen, werden gebeten, sofort ihre Adressen bei dem Genossen Wendt, Gothenstraße 13, abzugeben.

Neukölln, 14. Bezirk. Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Siechert, Ganghoferstr. 84. Vortrag: Reichsmietengesetz. — **24. Bezirk.** Bei Köster, Wißmannstr. Vortrag.

Tempelhof. 7½ Uhr, Zahlabend in der Werderschule für Nord- und Südbezirk. Industrieviertel, Germania-, Ecke Gottlieb-Dunkel-Straße.

S. P. J. Agitationsbezirk Osten. Abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lichtenberg, Dossestraße 21. Sitzung des Agitationsbezirks Osten: Osten, Lichtenberg, Stralau, Köpenick, Erkner und Bohnsdorf müssen vertreten sein!

Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Berlin. Materialausgabe. — Sitzung der Zentrale findet nicht statt.

Donnerstag, den 11. Mai.

10. Distrikt. Obleute der Elternbeiräte! 7 Uhr Material abholen bei Schurzmann, Stettiner Straße 11. Jede Schule muß vertreten sein.

20. Distrikt. (Kreuzberg.) Oeffentliche Frauenversammlung abends 7 Uhr, im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße. Tagesordnung: Lichtbildervortrag.

Charlottenburg. Mütterabend der Kinderschutz-Kommission, 7½ Uhr, bei Renzwig, Haller Str. 28. Tagesordnung: „Die Aufgaben der proletarischen Frau." Diskussion. Anschließend Unterhaltungsteil mit Vorträgen.

Freitag, den 12. Mai.

6. Verwaltungsbezirk. (Kreuzberg.) Kommunale Kommission, abends 7 Uhr, Schulaula, Dieffenbachstraße 51. Vortrag des Genossen Stadtrat Gottschall.

9. Distrikt. (Wedding.) Kindergruppe, Soz. Prolet.-Jugend. 7 Uhr findet in der Aula der 14. Realschule am Zeppelinplatz ein Lichtbildervortrag statt. Thema: „Erkner—Rüdersdorf und seine Kalkberge". Eintritt: Erwachsene 2 Mark, Kinder 1 Mark. Voraussichtlich wird sich daran am Sonntag eine Wanderung nach den Kalkbergen anschließen mit Führung für Erwachsene.

USP.-Lehrervereinigung. 6 Uhr, „Freiheit"-Bibliothek, Breite Straße 8/9. Tagesordnung: Genosse Gerhardt: „Schaffung von Aufbauschulen in Berlin".

Vereinskalender

Donnerstag, den 11. Mai.

Zentralverband der Angestellten. Privat-Versicherung. Oeffentliche Versammlung, nachmittags 4½ Uhr, Kammersäle, Teltower Straße 1—4.

„Afa"-Funktionäre der Gesundheits-Industrie. Abends ½8 Uhr findet im Empfangsraum des Bundes, Berlin NW. 52, Werftstraße 7, eine Funktionär-Sammlung statt.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband. Nachmittags 5 Uhr, Reiseartikel- und Portefeuilles-Branche: Vertrauensmännersitzung bei Stiller, Sebastianstraße 39. Bericht über die Akkordverrechnung.

Volksfürsorge. Abends 7 Uhr, Funktionärversammlung der Abteilung Norden in Köhlers Festsälen, Ackerstraße 24.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Lichtbildervortrag: „Die Alkoholgefahr". Moabit, Schulaula, Zwinglistraße 3, 7 Uhr. Eintritt frei! Derselbe Vortrag Sonnabend, den 13. Mai in Neukölln Schulaula, Boddinstraße 34.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin, für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzki, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Spediti onen des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Das Überschriftswort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.25 M netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen, Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Kinderwelblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder, Kinderwagen, Puppenw., Weidkiff. Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Gardinen. Habe keinen Laden und fertige Geschäfts-Unkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt; Garnitur 90,—, 110,—, 125,— bis 400. Moderne Stores 75,— bis 300,—. Bettdecken 55,— 75,— bis 400,—. Gardinenstoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggard., Tischdecken, Diwan-Decken usw., weit unterm Ladenpr. Wigniker, Wicherstraße 73, 1 Tr. (k. Laden), am Ringbahnh. Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordrg., Fahrtvergütung.

Künstlergardinen, dreiteilig 85,—, Stores, Bettdecken, Meterware 16,— an, Gardinen-Spezialgeschäft Schönhauser Allee 102, eine Treppe. Eisenbahnstation Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordring.

Silberfüchse 400,—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Bettwäsche billig! 6 staunend billige Aussteuerlage zu alten Abschlußpreisen. Deckbettbezug 128,—, Kissen 36,—, Bettlaken 92,— an. Bis 40 Prozent unter Tagespreis. Hemdentuch 38,—, Linon 44,—, Linon 130 breit 78,—, gestreift, Dimit 115,—, Bettlakenstoff 140 breit 95,—, Handtücher 26,50, Tischtücher, bunte Bezüge, Inletts staunend billig. Enorme Auswahl! Eigene Fabrikation. Nur gute Qualitäten. Berliner Bettwäschefabriken Chausseestr. achtundachtzig (Haltestelle Liesenstraße), Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstr. Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet 1/20 bis 7.

Reisehaus Pelz. Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke, sehr preiswert.

Karbid für Handel, Industrie und Beleuchtung liefert die Firma Franz Borowicz, Waldemarstraße 27. — Amt Moritzplatz 4675.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. — Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Chaiselongues, Chaiselongbetten 475,—, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450,—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern. Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Der köstliche Genuß
von Porath's Kinder- und Krankennahrung
ist für jeden Magen- und Darmleidenden
ebenso notwendig wie das Salz zur Suppe.
In Apotheken und Drogerien erhältlich

3000 Anzüge Schlüpfer, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Daher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Fahrgeldvergütung. Leihhaus Vorhagener Straße 47.

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Möbel

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Chaiselongues, Metallbetten 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett, Meicke, Auguststr. 32a, Quergebäude.

Kaufgesuche

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Nähmaschinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdorfer Str. 50—51.

Schallplatten, alte, kauft Metallkontor W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Fennstr. 52. Moabit 6034.

Metallschmelze, Reinickendorfer straße 35 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Schnelldrehstahl, Maschinen, Motore, Treibriemen, Metalle kauft Hirsch, Ruppiner Straße 37.

Pappscheren, Klempner, Schlossermaschinen, Rundmaschinen kauft Appel, Große Frankfurter Straße 48.

Werkzeuge u. Maschinen

Jeden Posten Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, kauft höchstzahlend zu reellen Preisen Hans Becker, Strausberger Str. 44, Laden.

Siedlungen

Selbstbau-Siedlungen Fredersdorf, Hohenneuendorf, Adlershof, Zehlendorf. Siedlungsverein Steglitz, Treitschkestraße 15.

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, tauscht, Hast, Gollnowstr. 36, Osten: Lange Str. 78, Wedding: Lindower Str. 8, Spittelmarkt: Seydelstr. 2, Südosten: Wiener Str. 27. Bekanntester Wohnungsnachweis Berlins.

Tausche zweifenstrige Kochstube im Norden gegen ebensolche oder Stube und Küche in Moabit, Nähe Waldstraße. Offerten L. R. „Freiheit", Breite Straße 8—9.

Unterricht

Russisch — Polnisch. Zentrum 6736 (12—3).

Arbeitsmarkt

Mehrere perfekte Täschner auf Maulbügeltaschen sofort verlangt. Roonbachstraße 6.

100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift

Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breitestr. 8-9